Verhandlungsschrift

über die

52. öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 30. Juni 2009 im Haus der Musik der Marktgemeinde Gunskirchen.

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

ANWESENDE

Die Gemeindevorstandsmitglieder:

1. Bgm. Karoline Wolfesberger	4. GV Heinrich Sammer
2. Vbgm. Josef Sturmair	5. GV Ingrid Mair
3. GV Maximilian Feischl	6. GV Dr. Josef Kaiblinger

Die Gemeinderatsmitglieder

7. Siegfried Wambacher	18. Dr. Gustav Leitner
8. Christine Pühringer	19. Klaus Hanis
9. Simon Zepko	20. Silvia Adami
10. Mag. Peter Reinhofer	21. Franz Hochholdt
11. Dr. Franz Loizenbauer	22. Arno Malik
12. Walter Olinger	23. Jürgen Weidinger
13. Christoph Erwin Bachler	24. Josef Wimmer
14. Franz Werndl	25. Nicole Fillip
15. Michael Seiler	26. Mag. Hermann Mittermayr
16. Karl Gruber	27. Johann Egerer
17. Johann Luttinger	
28. Ersatzmitglied f. GR Vbgm. Friedrich Nagl Karl Habermann
29. Ersatzmitglied f. GR Ursula Buchinger Christine Neuwirth
30. Ersatzmitglied f. GR Johann Eder Anna Kogler
31. Ersatzmitglied f. GR KommR Helmut Oberndorfer Bernd Huber

Die Ersatzmitglieder der SPÖ Fraktion Elisabeth Klein, Walter Block, Helga Ehmail-Breitwieser, Augustin Diensthuber, Gerhard Füssel, Helmut Roithner, Ing. Wolfgang Zauner, Franz Matouschek, Monika Böhm, Walter Nöstlinger, Johann Becker, Norbert Ahammer, Carola Bauer, Maria Block, Christine Forstinger, Martina Gärtner, Karin Grünauer und Karl-Heinz Grünauer sind entschuldigt ferngeblieben.

Die Ersatzmitglieder der ÖVP Fraktion Annette Freimüller, Gregor Swoboda, Walter Erbler, Ing. Franz Lidauer, Gerhard Lindinger, Gerhard Rückel, Barbara Knoll, Franz Fuchsberger, Heinz Schubert, Andreas Mittermayr, Isabella Bucher, Gerald Huemer, Hubert Altenhofer, Mag. Michael Hirschbrich, Friedrich Stinglmayr, Manuela Seyrl, Ing. Roman Oberndorfer, Andreas Lehrbaumer, David Rückel, Mag. Manfred Wengler, Wilfried Pirngruber, Josef Schmuckermayer, Sonja Harringer, Hermann Hochreiter, Alexander Biringner und Christian Schöger sind entschuldigt ferngeblieben.

Die Ersatzmitglieder der FPÖ Fraktion Anita Huber, Hermann Weidringer, Ing. Hans Diethard Lehner und Christian Kogler sind entschuldigt ferngeblieben.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von der Bürgermeisterin einberufen wurde,
- b) die Verständigung hiezu gemäß des vorliegenden Sitzungsplanes mittels RsB am 22. Dezember 2008 und die Bekanntgabe der Tagesordnung am 23. Juni 2009 an alle Mitglieder erfolgt ist,
- c) die Abhaltung der Sitzung gemäß § 53, Abs. 4 der OÖ. GemO. 1990 kundgemacht wurde,
- d) die Abstimmung per Handerhebung erfolgt,
- e) die Beschlussfassung gegeben ist.

Die Vorsitzende bestimmt Herrn Karl Zwirchmair als Schriftführer. Sodann weist sie darauf hin, dass

- a) die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung gemäß § 54 Abs. 4 der OÖ. GemO. 1990 im Gemeindeamt zur Einsicht für die Mitglieder des Gemeinderates auflag,
- b) den Fraktionen rechtzeitig eine Abschrift der Verhandlungsschrift der letzten Sitzung zugestellt wurde,
- c) die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung während der Sitzung zur Einsichtnahme aufliegt und es den Mitgliedern des Gemeinderates freisteht, gegen den Inhalt der letzten Verhandlungsschrift mündlich oder schriftlich Einwendungen zu erheben,
- d) der Gemeinderat über eventuelle Anträge auf Abänderung der Verhandlungsschrift am Schluss der Sitzung zu beschließen hat.

Dringlichkeitsantrag

- × **Garagenobjekt Schulstraße – Garage Nr. 3 (Vormieter Lieb) – Vergabe und Genehmigung des Mietvertrages**
- × **Straßenbauprogramm 2009 – ergänzende Baumaßnahmen**

Die Dringlichkeitsanträge werden einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 7 und 8 von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Tagesordnung:

1. Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG, Promenade 11-13, 4020 Linz; Marktgemeinde Gunskirchen – Darlehensaufnahme Ampelregelung Wallackstraße / B1; VFI & Co KG – Darlehensaufnahme Volks- und Hauptschule Sanierung – Anpassung der Konditionen
2. Vorlage der Kosten- und Leistungsrechnung für das Seniorenwohn- und Pflegeheim auf Grund der Daten des NVA 2009
 - a) Ableitung und Festsetzung des Heimentgeltes gem. Heimvertragsgesetz
 - b) Abänderung der Entgelteordnung
3. Nachtragsvoranschlag 2009
4. Kanal- und Wassergebühren; privatrechtliche Vereinbarung mit der Firma Franz Oberndorfer GmbH & Co, Lambacher Straße 14, 4623 Gunskirchen
5. Leopold Poppinger – Ankauf der Liegenschaften: .96, 1146/1, 1148 und 1149 jeweils KG 51235 Straß
6. FF Fernreith – Zustimmung zum Ankauf eines MTF
7. Umlegung Dahlienstraße im Bereich Fa. Oberndorfer – grundbuchsfähige Tausch- und Servitutsverträge
8. Umlegung Dahlienstraße – Gutschrift für Wasserbezug aus der öffentlichen Wasserleitung zur Bewässerung der zusätzlichen Gartenflächen für die Liegenschaften Ginsterweg 2-10
9. Einführung eines Jugendtaxi in der Marktgemeinde Gunskirchen
10. Krabbelstube der Marktgemeinde Gunskirchen
 - a) Überarbeitung der Krabbelstubenordnung
 - b) Überarbeitung der Krabbelstuben-Tarifordnung
11. Kindergarten der Marktgemeinde Gunskirchen
 - a) Überarbeitung der Kindergartenordnung
 - b) Überarbeitung der Kindergarten-Tarifordnung
12. Schülerhort der Marktgemeinde Gunskirchen
 - a) Überarbeitung der Schülerhortordnung
 - b) Überarbeitung der Schülerhort-Tarifordnung
13. Städtebaulicher Wettbewerb – Straß Mitte; Genehmigung der Ausschreibungsunterlagen
14. Flächenwidmungsplan Nr. 7/2009, Änderung Nr. 1 – Antrag der Ehegatten Johann und Christa Adrian, Fernreith 4, Gunskirchen auf Umwidmung der Parzelle Nr. 549/3, KG. Grünbach von derzeit Sonderausweisung des Baulandes – Tourismus in Bauland – Dorfgebiet
15. Antrag der Raiffeisenbank Gunskirchen; Kostenbeteiligung der Marktgemeinde Gunskirchen bei der thermografischen Untersuchung von Wohnobjekten in der Marktgemeinde Gunskirchen
16. Antrag der ÖVP Gunskirchen; Beitritt zum Programm der Energiespargemeinden des Landes OÖ.
17. Ortszentrum – Verordnung einer Kurzparkzone im Bereich der neuen Parkplätze vor dem VLW-Objekt

- 18.** Anlage von Erosionsschutzstreifen und sonstiger Maßnahmen zur Eindämmung bzw. Abschwächung von Abschwemmungen entlang öffentlicher Verkehrsflächen und zum Schutze von Wohnobjekten in exponierten Lagen; Abschluss von Vereinbarungen mit den betroffenen Grundeigentümern
- 19.** Allfälliges

**1. Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG, Promenade 11-13, 4020 Linz;
Marktgemeinde Gunskirchen - Darlehensaufnahme Ampelregelung Wallackstraße/B I; VFI & CO KG – Darlehensaufnahme Volks- und Hauptschule Sanierung; Anpassung der Konditionen**

Bericht: Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Gunskirchen hat in seiner Sitzung am 16. Dez. 2008 das Darlehen zur Finanzierung der Ampelregelung Wallackstraße/B I an die Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG, Geschäftsstelle Gunskirchen, zu den gebotenen Bedingungen und einer Laufzeit von 25 Jahren vergeben.

Weiters hat der Gemeinderat in einem gesonderten Tagesordnungspunkt am 16. Dez. 2008 die Zustimmung erteilt, dass die VFI & CO KG zur teilweisen Finanzierung der Volks- und Hauptschulsanierung ein Darlehen bei der Allgemeinen Sparkasse OÖ. Bank AG zu den gebotenen Bedingungen und einer Laufzeit von 25 Jahren aufnehmen kann.

Gegenständliche Darlehen mussten zwecks aufsichtsbehördlicher Genehmigung dem Amt der OÖ. Landesregierung, Direktion für Kommunales und Inneres vorgelegt werden.

Zwischenzeitlich ist bei der Marktgemeinde Gunskirchen per Email eine Information über die Anpassung der angebotenen Bedingungen eingelangt. Durch die Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG wird diese Anpassung damit begründet, dass die Refinanzierungskosten in den letzten Monaten stark gestiegen sind und somit ein weiterer Aufschlag um 0,20 %-Punkte zur Verrechnung gelangen soll. Dies bedeutet, dass beim Darlehen der Marktgemeinde Gunskirchen als auch beim Darlehen der VFI & CO KG ein Aufschlag auf 0,26 %-Punkte auf den 6-Monats-Euribor zur Verrechnung gelangen soll.

Durch die Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG wurde in diversen Gesprächen angekündigt, dass bei einer Nichtanpassung der Konditionen von den gegenständlichen Darlehensverträgen zurückgetreten wird. Eine Finanzierung mit einem Aufschlag von 0,06 %-Punkten kann aus wirtschaftlichen Überlegungen leider nicht mehr eingegangen werden.

Stellungnahme der Finanzabteilung:

Bei der Anbieteröffnung, welche am 11. Nov. 2008 stattfand, ergab sich folgende Reihung:

1. Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG	Aufschlag 0,06 %
2. BAWAG PSK	Aufschlag 0,20 %
3. Raiffeisenbank Gunskirchen	Aufschlag 0,35 %
4. Bank Austria	Aufschlag 1,43 %

Aufgrund der Reihung wurden mit der BAWAG PSK Verhandlungen aufgenommen. Ziel dieser Verhandlungen war, zu erörtern, ob die BAWAG PSK grundsätzlich bereit sei, die Angebotsbedingungen vom 11. Nov. 2008 einzuhalten. Die BAWAG PSK erklärte, dass sich auch ihrerseits die Konditionen erheblich verändert haben und derzeit ein Aufschlag von 0,35 %-Punkte zum 6-Monats-Euribor angeboten wird. Weiters wurde mit der BAWAG PSK abgeklärt, dass bei einer Veränderung der Konditionen mit der Allgemeinen Sparkasse OÖ. Bank AG, keine rechtlichen Schritte seitens der BAWAG PSK eingeleitet werden.

Der Marktgemeinde Gunskirchen stehen nunmehr zwei Wege offen:

1. Dem Ansinnen um Anpassung der Konditionen durch die Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG wird nicht entsprochen, sodass eine Neuausschreibung der gegenständlichen Darlehen unumgänglich ist. Das bestehende Risiko kann mit einem dzt. am Markt aus-

gepreisten Aufschlag von 0,35 %-Punkten bewertet werden. Weiters müssten diese Darlehen neuerlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigungspflicht unterworfen werden.

2. Dem Ansinnen um Anpassung der Konditionen durch die Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG wird entsprochen. Der Gemeinderat stimmt der Anpassung der Konditionen für das Darlehen der Marktgemeinde Gunskirchen als auch für das Darlehen der VFI & CO KG zu.

Aus den o.a. Überlegungen wird somit empfohlen, dass der Gemeinderat der Anpassung der Konditionen der Allgemeinen Sparkasse OÖ. Bank AG die Zustimmung erteilt. Der Vollständigkeit halber wird erwähnt, dass durch die Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG neue Darlehensverträge ausgestellt werden.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 15. Juni 2009 dem vorliegenden Antrag einstimmig zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat folgende Beschlussfassung:

Wechselrede

GR Malik zweifelt an, dass die Errichtung dieser Ampelanlage seiner Meinung nach, auf Grund der hohen Investitionskosten nicht notwendig gewesen sei. Aus diesem Grund werde er diesem Tagesordnungspunkt nicht seine Zustimmung erteilen.

Antrag: (Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. **„Der Aufnahme eines Bankdarlehens in der Höhe von € 300.000,00 zur teilweisen Finanzierung der Kosten für die Errichtung einer Ampelanlage Wallackstraße/B I aufgrund der geänderten Konditionen wird zugestimmt. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG berechtigt ist, aufgrund der gestiegenen Refundierungskosten einen zusätzlichen Aufschlag von 0,20 %-Punkte auf den 6-Monats-Euribor zu den ursprünglichen Konditionen zu verrechnen.**
2. **Die Marktgemeinde Gunskirchen als Kommanditistin der VFI & CO KG erteilt ihr Einverständnis, dass eine Anpassung der Konditionen durch die Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG durchgeführt wird. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die Allgemeine Sparkasse OÖ. Bank AG berechtigt ist, aufgrund der gestiegenen Refundierungskosten einen zusätzlichen Aufschlag von 0,20 %-Punkte auf den 6-Monats-Euribor zu den ursprünglichen Konditionen zu verrechnen.“**

Beschlussergebnis: 27 JA Stimmen (Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger, Vbgm. Josef Sturmair, GV Maximilian Feischl, GV Heinrich Sammer, GV Ingrid Mair, GR Siegfried Wambacher, GR Christine Pühringer, GR Simon Zepko, GR Mag. Peter Reinhofer, GR Dr. Franz Loizenbauer, GR Walter Olinger, GR Christoph Erwin Bachler, GR Franz Werndl, GR Michael Seiler, GR Karl Gruber, GR Johann Luttinger, GR Dr. Gustav Leitner, GR Klaus Hanis, GR Silvia Adami, GR Franz Hochholdt, GR Jürgen Weidinger, GR Josef Wimmer, GR Nicole Fillip, GR Mag. Hermann Mittermayr, GR Johann Egerer, GR Karl Habermann und GR Christine Neuwirth)

4 Stimmhaltungen (GV Dr. Josef Kaiblinger, GR Arno Malik, GR Anna Kogler und GR Bernd Huber)

2. Vorlage der Kosten- und Leistungsrechnung für das Seniorenwohn- und Pflegeheim auf Grund der Daten des NVA 2009

a) Ableitung u. Festsetzung des Heimentgeltes gem. Heimvertragsgesetz

b) Abänderung der Entgelteordnung

Bericht: GV Ingrid Mair

Die Marktgemeinde Gunskirchen ist seit 1. Sept. 1994 Heimträger für das Seniorenwohn- und Pflegeheim. Die Standardentgelte wurden letztmalig mit Wirksamkeitsbeginn mit 1. Jänner 2009 verändert. Für ein Einbettzimmer wird dzt. eine Tagesgebühr von € 73,92 inkl. 10 % MWSt. und für ein Zweibettzimmer von € 69,52 inkl. 10 % MWSt. verrechnet.

Allgemeine Bestimmungen:

Der Nationalrat hat das Konsumentenschutzgesetz geändert und Bestimmungen über den Heimvertrag eingeführt. Gegenständliches Heimvertragsgesetz – HVerG wurde im Bundesgesetzblatt Nr. 12/2004 am 27. Feb. 2004 kundgemacht. Durch eine Novelle dieses Heimvertragsgesetzes ist ab 1. Juli 2007 eine neue Darstellung des Heimentgeltes erforderlich gewesen. Das Heimentgelt soll hierbei in 3 Bereiche (Grundentgelt, Pflegegeld und Sonderleistungen) unterteilt werden. Bereits 2006 wurden alle Heimträger dahingehend informiert, dass eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) eingeführt wird. Diese Kosten- und Leistungsrechnung soll auch darüber Aufschluss geben, welches Entgelt für die einzelnen Bereiche zur Verrechnung gelangen soll. Die Kosten- und Leistungsrechnung hat sich dabei anhand der Bestimmungen des OÖ. Sozialhilfegesetzes, LGBl. 66/1973 i.d.g.F. zu orientieren. Gem. § 23 OÖ. Sozialhilfegesetz stellt der Voranschlag die Grundlage für die Kalkulation der kostendeckenden Entgelte dar. Es dürfen nur jene Kosten berücksichtigt werden, die im laufenden Heimbetrieb anfallen.

Demnach können jedenfalls folgende Kosten nicht berücksichtigt werden:

1. Ruhe- und Vorsorgegüsse
2. rein kalkulatorische Kosten, wie etwa Verzinsung des Eigenkapitals
3. ins Vermögen des Heimträgers zurückfließende Absetzung für Abnutzung
4. benötigte Fremdmittel und damit verbundene Finanzierungskosten, wenn nicht zeitgerecht eine finanzielle Vorsorge des Heimträgers getroffen wurde
5. Neubau- oder Erweiterungsrücklagen

Als gewissen Ausgleich darf eine Rücklage für Ersatzinvestitionen oder zum Ausgleich unterschiedlicher Betriebsergebnisse gebildet werden. Die Angemessenheit der Rücklagenbildung für Ersatzinvestitionen richtet sich nach dem beim einzelnen Heim in Zeiträumen von 15 bis 20 Jahren anfallenden Reparatur und Ersatzinvestitionen als Standarderhaltung.

Spezielle Bestimmungen und Berechnungen:

Das Amt der OÖ. Landesregierung, Abteilung Soziales und Gesundheit hat der Marktgemeinde Gunskirchen einen Richtwert vorgegeben. Der dzt. in Geltung stehender Richtwert bewegt sich zwischen € 1,09 bis € 1,82 je Bewohntag. Unter Zugrundelegung, dass im Seniorenwohn- und Pflegeheim bei einem normalen Jahr 34.675 Tage bzw. bei einem Schaltjahr 34.770 Tage kann als Wert ein Betrag zwischen € 37.795,75 bis € 63.108,50 und bei einem Schaltjahr € 37.899,30 bis € 63.281,40 angesetzt werden. In der Kosten- und Leistungsrechnung wurden € 62.400,- für die Rücklagenbildung zur Beschaffung von Ersatzinvestitionen angesetzt. Die Finanzabteilung hat die Kosten- und Leistungsrechnung für die Finanzjahre 2006, 2007 und 2008, basierend auf den Rechnungsabschlussergebnissen und für das Finanzjahr 2009, basierend auf den Voranschlagssummen erstellt.

Aufgrund der Erstellung des Nachtragvoranschlags 2009 und den zwischenzeitlich eingetretenen Ausgabensteigerungen ist eine unterjährige Erhöhung der Entgelte notwendig.

Zur leichteren Beurteilung werden auszugsweise einige Daten der Kosten- und Leistungsrechnung von 2006 - 2009 wiedergegeben.

Flächen- aufteilung	Verwaltung	Küche	Reinigung	Wäscherei	Haus- technik	Pflege- u. Betreuungs- leistung	Hotel- leistung	Therapie- leistung
m2	107,14	353,94	85,92	151,01	94,52		5.100,70	170,25
Personal- einheiten								
2006	1,75	9,73	4,50	2,00	1,00	32,49		0,37
2007	1,75	9,50	4,50	2,00	1,00	34,00		0,37
2008	1,75	9,50	4,50	2,00	1,00	34,00		0,37
2009	1,75	9,75	4,50	2,00	1,00	34,49		0,37
Anzahl d. Mitarbeiter								
2006	2	13	8	2	1	43		1
2007	2	13	8	2	1	46		1
2008	2	13	8	2	1	46		1
2009	2	13	8	2	1	46		1

tatsächliches Heimentgelt	EZ brutto	DZ brutto	EZ netto	DZ netto	kalkuliertes Heimentgelt	EZ brutto	DZ brutto	EZ netto	DZ netto
2006	57,20	52,03	52,00	47,30	2006	60,80	60,80	55,27	55,27
2007	63,80	58,30	58,00	53,00	2007	66,79	66,79	60,72	60,72
2008	63,80	58,30	58,00	53,00	2008	66,10	66,10	60,09	60,09
01.07.2008	66,66	62,70	60,60	57,00	01.07.2008	66,10	66,10	60,09	60,09
01.01.2009	73,92	69,52	67,20	63,20	01.01.2009	73,85	69,42	67,14	63,11
01.08.2009	75,13	70,62	68,30	64,20	01.08.2009	75,17	70,66	68,34	64,24

Aufspaltung tatsächliches Heimentgelt netto	2006		2007		2008		01.01.2009		01.08.2009	
	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ
Lebensmitteleinsatz (je wertgleichem Verpfl.Tag)	4,06	4,06	3,14	3,14	3,26	3,26	3,59	3,59	3,65	3,65
Hotelkomponente (ohne Lebensmitteleinsatz, ohne sonst.Einn.)	24,63	19,93	31,17	26,17	31,21	26,21	35,81	31,81	36,26	32,16
Grundbetreuung (ohne Pflegezuschlag, ohne sonst.Einn.)	23,31	23,31	23,69	23,69	23,53	23,53	27,80	27,80	28,39	28,39
besondere Pflege (abzgl. Pflegezuschlag)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Aufspaltung kostendeckendes Heimentgelt netto	2006		2007		2008		01.01.2009		01.08.2009	
	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ
Lebensmitteleinsatz (je wertgleichem Verpfl.Tag)	4,06	4,06	3,14	3,14	3,26	3,26	3,59	3,59	3,65	3,65
Hotelkomponente (ohne Lebensmitteleinsatz, ohne sonst.Einn.)	28,14	28,14	34,15	34,15	33,81	33,81	35,75	31,72	36,29	32,19
Grundbetreuung (ohne Pflegezuschlag, ohne sonst.Einn.)	23,31	23,31	23,69	23,69	23,53	23,53	27,80	27,80	28,39	28,39
besondere Pflege (abzgl. Pflegezuschlag)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat sich mit Beschluss des Gemeinderates vom 14. 8. 1997 entschlossen, dass Seniorenwohn- u. Pflegeheim in einen Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit umzugliedern, wobei auch eine entsprechende Satzung beschlossen wurde.

Diese Satzung, welche der Gemeinderat beschlossen hat, beschreibt unter § 8 den Begriff der Kostendeckung. Bei der Führung des Betriebes ist die Kostendeckung anzustreben, wobei der betriebswirtschaftliche Kostenbegriff anzuwenden ist.

Wird eine Kostendeckung nicht erreicht, so muss der Grad der Kostendeckung durch entsprechende Maßnahmen im Bereich der Auslastung, der Gebührengestaltung und durch die Einflussnahme auf die entstehenden Kosten schrittweise gesteigert werden.

Eine entsprechende Abschrift dieser Satzung liegt dem Amtsvortrag bei. Daraus geht hervor, dass Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit zu einer kostendeckenden Betriebsführung verpflichtet sind.

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat für das Seniorenwohn- und Pflegeheim nachstehend angeführte Investitionen getätigt:

Anerkannte Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten (AK bzw. HK)	7.817.129,69	83.160,95 je Heimplatz
Tatsächliche (ungekürzte) AK bzw. HK	7.817.129,69	83.160,95 je Heimplatz
Absoluter Anteil Gebäude an den tatsächlichen AK bzw. HK	6.557.206,94	83,88%
Absoluter Anteil Betriebs- und Geschäftsausstattung an den tatsächlichen AK bzw. HK	1.259.922,75	16,12%
Erhaltene Subventionen (Investitionszuschüsse) Land OÖ - Sozialabteilung	1.170.032,63	14,97%
Erhaltene Subventionen (Investitionszuschüsse) Land OÖ - Abteilung Gemeinden (BZ)	1.206.369,05	15,43%
Erhaltene Subventionen (Investitionszuschüsse) Bezirkshauptmannschaft	1.199.101,77	15,34%
Erhaltene Subventionen (Investitionszuschüsse) Sonstige	4.241.626,24	15,34%
Nutzungsdauer Gebäude (welche bei der Berechnung "AfA-Gebäude" verwendet worden ist)	20 Jahre	54,26%

Finanzwirtschaftliches Ergebnis:

Seitens der Finanzabteilung wurde eine Haushaltsüberwachungsliste mit den Ausgaben und Einnahmen bis zum 31. Mai 2009 erstellt. Die Ausgaben und Einnahmen werden anhand nachstehend angeführter Aufstellung zu entnehmen:

Ausgaben/Mai 2009	€ 1.034.043,79
Einnahmen/Mai 2009	€ 1.242.749,89
<u>abzgl. aktive Rechnungsabgrenzung Dez. 2008</u>	<u>€ 220.984,98</u>
Fehlbetrag	€ 12.278,88

Die Vorschreibung der Heimentgelte als auch der Pflegezuschläge erfolgte für das Monat Dezember 2008 im Haushaltsjahr 2009 und wurde somit haushaltswirksam im Finanzjahr 2009 dargestellt. Die Ausgaben wurden im Finanzjahr 2008 periodenrein abgegrenzt, sodass für die Verbuchung der Geschäftsfälle die Lieferung und Leistung ausschlaggebend für die Zuordnung zum jeweiligen Finanzjahr ist. Dies bedeutet, dass auch beginnend mit dem Finanzjahr 2009 bei den Einnahmen eine entsprechende Darstellung gewählt werden muss, um eine gleichmäßige einheitliche Verbuchung der Geschäftsfälle zu gewährleisten. Diese Forderung ergibt sich auch aus den Bestimmungen und Grundsätzen einer geordneten Kosten- und Leistungsrechnung, der OÖ. GemHKRO (OÖ. Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung) und der VRV (Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung).

Diesen Ausführungen folgend ergibt sich, dass im Finanzjahr 2009 an Heimentgelten und Pflegezuschlägen 13 Monate in der haushaltswirksamen Gebarung zu verbuchen sind. In den Folgejahren ist mit einer periodenreinen Zuordnung von 12 Monaten, beginnend vom Jänner bis Dezember auszugehen.

Dieser kurzfristige Einnahmeüberhang in der Höhe von € 220.984,98 wird als Gewinnentnahme im Abschnitt Seniorenwohn- und Pflegeheim verbucht und kann somit als Verstärkung des ordentlichen Haushaltes im Finanzjahr 2009 verzeichnet werden. Aus dieser Vorgangsweise ist weder für die Selbstzahler noch für die Sozialhilfeverbände mit einem Mehraufwand zu rechnen und stellt dies einzig und allein eine buchhalterische Maßnahme dar.

a) Ableitung und Festsetzung des Heimentgeltes gem. Heimvertragsgesetz

Das Heimvertragsgesetz sieht vor, dass eine Aufsplittung vom tatsächlichen Heimentgelt durchzuführen ist. Die Kosten- und Leistungsrechnung basierend auf den Voranschlagsdaten des Finanzjahres 2008 ergibt, dass für den Lebensmitteleinsatz 5,34 % für die Hotelkomponente 53,10 % und für die Grundbetreuung 41,56 % vom tatsächlich verrechneten Heimentgelt angesetzt werden dürfen. Gegenständliche Prozentsätze sind in den Heimvertrag aufzunehmen.

b) Abänderung der Entgelteordnung

Im Seniorenwohn- und Pflegeheim der Marktgemeinde Gunskirchen werden Heimbewohner betreut, die vor dem Inkrafttreten des Heimgesetzes, eingetreten sind. Dadurch ist auch eine Anpassung der Entgelteordnung notwendig, um nicht unterschiedliche Heimentgelte den Heimbewohnern vorzuschreiben. Das Standardentgelt soll für Einbettzimmer mit € 75,13 und für das Zweibettzimmer mit € 70,62 inkl. 10 % MWSt. angesetzt werden.

Das Entgelt für das Kurzzeitpflegezimmer soll mit € 85,70 inkl. 10 % MWSt. festgelegt werden. Bei der Berechnung wurden 320 Bewohnertage unterstellt, sodass die Gebühr für das Einbettzimmer um ca. 14 % zu erhöhen war.

Der Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie hat sich in seiner Sitzung am 8. Juni 2009 mit der vorliegenden Kosten- und Leistungsrechnung, Entgelteordnung und Heimvertragsgesetz auseinandergesetzt und einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat der Marktgemeinde Gunskirchen, die vorliegende Entgelteordnung Teil A) und Teil B) und die Kosten- und Leistungsrechnung (samt Ableitung des Heimentgeltes gem. Heimvertragsgesetz) vorzulegen.

Wechselrede

GV Dr. Leitner fragt an, ob es sich bei diesem Tagesordnungspunkt um eine neuerliche Korrektur der Heimentgelte handle.

Bgm. Mag. Wolfesberger antwortet, dass gemeinsam für das Budget 2009 nach Vorgaben der Kosten- und Leistungsrechnung die Heimentgelte mitbeschlossen wurden. Weiters führt sie aus, dass die Heimentgelte auf Grund der gestiegenen Kosten nochmalig angepasst werden müssen, aus diesem Grund wurde eine Anpassung der Heimentgelte vorgenommen, welche ab 01. August dJ in Kraft treten werden.

Antrag: (GV Ingrid Mair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die vorliegende Kosten- und Leistungsrechnung des Seniorenwohn- und Pflegeheimes aufgrund der Daten des Nachtragvoranschlages 2009 wird zur Kenntnis genommen.

- a) Die Ableitung und Festsetzung des Entgeltes gemäß Heimvertragsgesetz wird aufgrund der vorliegenden Daten der Kosten- und Leistungsrechnung durchgeführt und beträgt für Einbettzimmer € 75,13 (inkl. 10 % MWSt.), für Zweibettzimmer € 70,62 (inkl. 10 % MWSt.) und für Kurzzeitpflegezimmer € 85,70 (inkl. 10 % MWSt.).**
- b) Das Heimentgelt für das Seniorenwohn- und Pflegeheim der Marktgemeinde Gunskirchen wird ab 1. August 2009 gemäß Entgelteordnung, Teil A und B, lt. Anlage, zum Beschluss erhoben.“**

Beschlussergebnis: einstimmig

3. Nachtragsvoranschlag 2009

Bericht: Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger

In der Zeit vom 9. Juni bis 24. Juni 2009 ist der Nachtragsvoranschlag zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

Gemäß § 76 Abs. 2 OÖ. Gemeindeordnung ist der Entwurf des Gemeindevoranschlages (Nachtragsvoranschlag) durch 2 Wochen im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht aufzulegen. Die Auflage ist vom Bürgermeister(in) fristgerecht mit dem Hinweis kundzumachen, dass es jedermann, der ein berechtigtes Interesse glaubhaft machen kann, freisteht, innerhalb der Auflagefrist gegen den Entwurf schriftliche Erinnerungen beim Gemeindeamt einzubringen. Solche Erinnerungen sind vom Bürgermeister(in) mit einer Äußerung dem Gemeinderat vorzulegen und diesem bei der Beratung des Gemeindevoranschlages (Nachtragsvoranschlag) in Erwägung zu ziehen.

Durch die ÖVP Fraktion, vertreten durch Herrn Vizebürgermeister Josef Sturmair wurde per 29. Juli 2009 eine Erinnerung eingebracht, welche sich auf die Aufnahme von Voranschlagsmitteln für die Grundbeschaffung sowie Planung und Bauleitung des Vorhabens „Sport- und Erholungszentrum“ in der Höhe von insgesamt € 515.000,00 bezieht.

Obwohl gegenständliche Erinnerung außerhalb der Auflagefrist eingebracht wurde, ist diese im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt worden. Dies bedeutet, dass die Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes von € 5.460.700,00 um € 515.000,00 auf € 5.975.700,00 ansteigen. Daraus ergibt sich, dass somit ein Gesamtfehlbetrag in der Höhe von € 2.382.900,00 besteht.

Der Entwurf des Nachtragsvoranschlages 2009 ist den einzelnen Gemeindefraktionen zugegangen, wobei die vorgenommene Änderung natürlich nicht enthalten war.

1. Steuerhebesätze - gemeindeeigene Steuern und Abgaben

Die bisher beschlossenen Steuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2009 bleiben unverändert.

2. Ordentlicher Haushalt

Der ordentliche Nachtragsvoranschlag sieht

- Einnahmen	von	€ 15.226.200,00	(VA € 14.455.700,00) sowie
- Ausgaben	von	€ 15.226.200,00	(VA € 14.455.700,00) vor

und ist somit **a u s g e g l i c h e n**.

Die **Einnahmen und Ausgaben** des Nachtragsvoranschlages **erhöhten sich um 5,33%** gegenüber dem Voranschlag 2009.

Die bisher genehmigten Kreditüberschreitungen und Kreditübertragungen wurden in den NVA eingearbeitet.

a) Wesentliche Änderungen bei den Einnahmen

Abweichungen Nachtragsvoranschlag gegenüber dem Voranschlag
(über € 2.000,00 und mehr als 5,00%)

HH-Stelle	Namentliche Bezeichnung	NVA	VA	Ab- weichung	%-Satz
2/000000	Gewählte Gemeindeorgane				
	298000 Rücklagenentnahme	64.400	0	64.400	100,00%
	298100 Rücklagenentnahme Gemeindeanteil	37.900	0	37.900	100,00%
	823000 Zinsen Rücklage	14.800	100	14.700	14700,00%
2/031000	Raumordnung und Raumplanung				
	813000 Nebenerlöse-Werbeinschaltung	3.600	0	3.600	100,00%
2/163000	Freiwillige Feuerwehr Gunskirchen				
	829000 Sonstige Einnahmen	200	2.500	-2.300	-92,00%
2/163100	Freiwillige Feuerwehr Fernreith				
	871000 Kapitaltransferzahlungen	300	2.500	-2.200	-88,00%
2/211000	Volksschulen				
	817100 Kostenersatz als Erh.Beitrag Gastschulbeitrag	51.500	39.100	12.400	31,71%
2/212000	Hauptschulen				
	817100 Kostenersatz als Erh.Beitrag Gastschulbeitrag	175.900	140.000	35.900	25,64%
	824000 Einnahmen aus Vermietung	5.000	1.100	3.900	354,55%
2/240000	Kindergarten				
	810100 Elternbeitrag - Kindergarten	78.700	120.000	-41.300	-34,42%
	861000 Laufende Transferzahlungen v. Land	212.000	200.000	12.000	6,00%
	861020 Laufende Transferzahlung v. Land (Elternbeitrag)	46.300	0	46.300	100,00%
2/250000	Schülerhort				
	861000 Laufende Transferzahlungen v. Länder u.Landesfonds	87.000	79.000	8.000	10,13%
2/259010	Jugendtaxi				
	817000 Kostenbeiträge	4.000	0	4.000	100,00%
	871000 Kapitaltransferzahlungen v. Ländern	2.000	0	2.000	100,00%
2/320000	Musikschulneubau				
	817100 Kostenersatz Erhaltungsbeitrag	7.100	5.000	2.100	42,00%
2/562000	Krankenanstalten/Sprengelbeiträge				
	828000 Rückersatz von Krankenanstaltenbeitrag	22.600	0		100,00%
2/611000	Landesstraßen				
	829000 Sonstige Einnahmen - Streusalz	0	5.000	-5.000	-100,00%
	871000 Kapitaltransferzahlung v. Land	21.600	0	21.600	100,00%
2/815000	Park- und Gartenanlagen, Kinderspielplätze				
	850000 Interessentenbeiträge	18.700	0	18.700	100,00%
2/850000	Betriebe der Wasserversorgung				
	850700 Interessentenbeiträge BA 07	0	39.100	-39.100	-100,00%
	852000 Wasserzins	379.200	349.200	30.000	8,59%
	852030 Erhaltungsbeitrag	11.000	13.000	-2.000	-15,38%
2/851000	Betriebe der Abwasserbeseitigung				
	829000 sonstige Einnahmen	5.000	3.000	2.000	66,67%
	852000 Kanalbenutzungsgebühr	676.300	640.300	36.000	5,62%
	852030 Erhaltungsbeitrag	16.000	20.000	-4.000	-20,00%
	870200 Tilgungszuschüsse	17.500	0	17.500	100,00%
		1.958.600	1.658.900	277.100	

	Übertrag	1.958.600	1.658.900	277.100	
2/853400	Vermietung Musikheim				
824000	Einn. aus Vermietung, Verpachtung	100	7.200	-7.100	-98,61%
2/859000	Seniorenwohn- u. Pflegeheim				
810000	Standardentg.(Verpflegsgeb.) Selbstzahler	300.500	315.000	-14.500	-4,60%
810400	Pflegezuschlag Selbstzahler	79.900	81.900	-2.000	-2,44%
810500	Standardentgelt SHV Empfänger	2.149.900	1.922.900	227.000	11,81%
810800	Pflegezuschlag	541.000	486.500	54.500	11,20%
813000	Kostensatz f. Aktion Essen auf Rädern	38.000	34.500	3.500	10,14%
872000	Kapitaltransferzahlungen von Gemeinden, Gemeindeverbände	262.800	0	262.800	100,00%
2/894000	Veranstaltungsbetrieb - Ortszentrum				
824600	Betriebskostensätze	3.000	1.000	2.000	200,00%
2/914000	Beteiligungen				
869000	Gewinnentn.d.Gde.v.Unternehmungen+marktbest.Betrieben	264.600	156.200	108.400	69,40%
869010	Gewinnentn.d.Gde.v.Unternehmungen+marktbest.Betrieben	221.100	0	221.100	100,00%
869020	Gewinnentn.d.Gde.v.Unternehmungen+marktbest.Betrieben	262.800	0	262.800	100,00%
2/920000	Ausschließliche Gemeindeabgaben				
833000	Kommunalsteuer	3.128.200	3.455.800	-327.600	-9,48%
838000	Hundeabgabe	10.800	8.200	2.600	31,71%
844100	Aufschließungsbeitrag, Herstellg. Öffentl. Verk. Flächen	22.000	25.000	-3.000	-12,00%
844300	Aufschließungsbeitrag, Kanalisationsanlage	12.000	15.000	-3.000	-20,00%
2/925000	Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben				
859000	Ertragsanteile	3.124.800	3.440.400	-315.600	-9,17%
859300	Ertragsanteile Getränkesteuerausgleich	103.700	116.700	-13.000	-11,14%
859400	Ertragsanteile an der Werbeabgabe	25.700	18.600	7.100	38,17%
859600	Ertragsanteile Vorausanteil	19.900	0	19.900	100,00%
2/941000	Sonstige Finanzaufweisungen nach dem FAG				
860000	Laufende Transferzahlungen von Bund und Bundesfonds	0	18.000	-18.000	-100,00%
	Summe Einnahmen OHH	12.529.400	11.761.800	745.000	6,33%

a) Wesentliche Änderungen bei den Ausgaben

Abweichungen Nachtragsvoranschlag gegenüber dem Voranschlag
(über € 2.000,00 und mehr als 5,00%)

HH-Stelle	Namentliche Bezeichnung	NVA	VA	Ab- weichung	%-Satz
1/000000	Gewählte Gemeindeorgane				
721000	Bezüge der Organe	160.000	171.100	-11.100	-6,49%
753010	LTZ an Sozialversicherungsanstalt	117.100	0	117.100	100,00%
1/010000	Hauptverwaltung				
042000	Amtsausstattung	6.000	0	6.000	100,00%
400100	Geringwertige Wirtschaftsgüter	0	2.000	-2.000	-100,00%
500000	Leistungen f. Personal	410.000	421.100	-11.100	-2,64%
566000	Dienstjubiläen	7.000	10.500	-3.500	-33,33%
567000	Belohnungen und Geldaushilfen	5.000	7.500	-2.500	-33,33%
582000	Familienbeihilfe	0	3.300	-3.300	-100,00%
630000	Porto	16.000	18.400	-2.400	-13,04%
700000	Mietzinse	14.700	22.800	-8.100	-35,53%
710000	öffentliche Abgaben	2.200	6.900	-4.700	-68,12%
728000	Entgelt f. sonst. Leistungen	3.000	5.000	-2.000	-40,00%
1/031000	Raumordnung und Raumplanung				
728300	Entgelt f. sonst. Leistungen - Ortsplan	5.500	1.500	4.000	266,67%
728400	Verkehrskonzept Straß West	1.000	5.000	-4.000	-80,00%
1/062000	Ehrungen und Auszeichnungen				
729000	sonstige Ausgaben	10.400	16.400	-6.000	-36,59%
1/090000	Bezugsvorschüsse und Darlehen				
246000	Bezugsvorschüsse - Auszahlung	5.000	8.900	-3.900	-43,82%
1/094000	Gemeinschaftspflege				
729000	Sonst. Ausgaben (Förderung d. Betriebsgemeinschaft)	7.000	4.100	2.900	70,73%
1/163000	FF Gunskirchen				
614000	Instandhaltung v. Gebäuden	1.000	14.000	-13.000	-92,86%
1/210000	Allgemein bildende Pflichtschulen, Gemeinsame Kosten				
454000	Reinigungsmittel	3.000	6.200	-3.200	-51,61%
700000	Mietzinse	44.200	52.700	-8.500	-16,13%
1/211000	Volksschulen				
729200	Transportkosten	2.500	0	2.500	100,00%
1/212000	Hauptschulen				
720000	Sonst. Ausgaben - Gastschulbeiträge	13.000	23.200	-10.200	-43,97%
1/213000	Sonderschule				
720000	Sonst. Ausgaben - Gastschulbeiträge	15.700	12.100	3.600	29,75%
1/220000	Berufsbildende Pflichtschulen				
720100	sonst. Ausgaben	42.300	26.800	15.500	57,84%
1/232000	Schülerbetreuung				
430000	Lebensmittel	22.000	20.000	2.000	10,00%
1/240000	Kindergarten				
510000	VB der Besoldungsgruppe I	397.000	385.600	11.400	2,96%
567000	Belohnungen und Geldaushilfen	4.000	0	4.000	100,00%
700100	Betriebskosten	9.800	12.000	-2.200	-18,33%
1/240200	Eltern Kind Zentrum				
-757000	Kapitaltransferzahlung	40.000	20.000	20.000	100,00%
	Übertrag	1.364.400	1.277.100	87.300	

		Übertrag	1.364.400	1.277.100	87.300	
1/240300	Krabbelstube					
	510000 VB d. Besoldungsgruppe I		62.000	54.700	7.300	13,35%
1/259010	Jugendtaxi					
	620000 Transportkosten		8.000	0	8.000	100,00%
1/320000	Musik und darstellende Kunst					
	511000 Geldbezüge der VB II		48.000	44.400	3.600	8,11%
	700000 Leasingrate		56.400	62.400	-6.000	-9,62%
	720000 Kostenbeiträge - Gastschulbeiträge		2.000	0	2.000	100,00%
1/322000	Maßnahmen der Musikpflege					
	344000 Investitionsdarlehen		6.000	3.000	3.000	100,00%
1/381000	Maßnahmen der Musikpflege					
	729000 sonst. Ausgaben Kulturtage		1.500	5.000	-3.500	-70,00%
1/419000	sonstige Einrichtungen und Maßnahmen					
	752000 LTZ - Sozialhilfverbandsumlage		1.750.600	1.710.900	39.700	2,32%
1/423000	Essen auf Rädern					
	729100 Bezug v. Essen - Seniorenheim		38.000	34.500	3.500	10,14%
1/429000	Betreutes Wohnen					
	Zuwandungen ohne					
	768000 Gegenleistungen/Weihnachtszuwendung		0	7.900	-7.900	-100,00%
1/469000	Sonstige Maßnahmen					
	Sonstige Zuwendungen an priv. Haushalte					
	768000 (Schulbeihilfe etc.)		17.000	3.500	13.500	385,71%
	Sonst. Zuwendungen an priv. Haushalte					
	768010 (Heizkostenzuschuss)		6.000	2.000	4.000	200,00%
1/522000	Reinhaltung der Luft					
	778000 KTZ an priv. Haushalte		17.900	12.400	5.500	44,35%
1/528000	Tierkörperbeseitigung					
	755000 Laufende Transferzahlungen an Unternehmungen		22.500	25.000	-2.500	-10,00%
1/562000	Krankenanstaltenbeitrag					
	751000 LTZ an Land		1.130.200	1.099.600	30.600	2,78%
1/611000	Landes- und Bezirksstraßen					
	610000 Instandhaltung von Straßenbauten		0	15.000	-15.000	-100,00%
	720000 Kostenbeiträge		11.600	0	11.600	100,00%
1/612000	Gemeindestraßen					
	611000 Katastrophenschäden		0	2.000	-2.000	-100,00%
	613000 Grundstückseinrichtungen		1.000	5.000	-4.000	-80,00%
	728100 Winterdienst		20.000	15.000	5.000	33,33%
	728200 Fremdgeräte		35.000	31.000	4.000	12,90%
1/617000	Straßenbau					
	200000 Anschaffung von Maschinen		0	3.000	-3.000	-100,00%
	300000 Werkzeuge		0	2.000	-2.000	-100,00%
	459000 sonstige Verbrauchsgüter		1.500	3.500	-2.000	-57,14%
	616000 Instandhaltung von Maschinen		3.000	5.000	-2.000	-40,00%
	710000 Öffentliche Abgaben		9.700	4.600	5.100	110,87%
	670000 Versicherungen		11.700	14.200	-2.500	-17,61%
1/640000	Einrichtung u. Maßnahmen nach d. STVO.					
	501000 Sonderanlage Autobushaltestelle		3.500	1.200	2.300	191,67%
1/690000	Straßenverkehr allg. Verkehrsverbund					
	751010 LTZ an Länder regionaler Verkehrsverbund		0	18.000	-18.000	-100,00%
1/742000	Produktionsförderung					
	768000 Zuwendung ohne Gegenleistg. an Phys. Personen		0	3.600	-3.600	-100,00%
	Übertrag		3.263.100	3.188.400	74.700	

		Übertrag	3.263.100	3.188.400	74.700	
1/789000	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen					
	755000	Lfd. Transferzahlung an sonst. Unternehmen	134.200	89.800	44.400	49,44%
1/815000	Park- und Gartenanlagen, Kinderspielplätze					
	500000	Kinderspielplätze	0	10.000	-10.000	-100,00%
	298000	Rücklagenzuführung	18.700	0	18.700	100,00%
	619000	Instandhaltung v. Sonderanlagen	4.000	6.000	-2.000	-33,33%
1/850000	Betriebe der Wasserversorgung					
	298000	Rücklagen WVA (Int.B.plus Zinsen)	12.400	14.500	-2.100	-14,48%
	400100	Wasserzähler	4.000	8.000	-4.000	-50,00%
	650000	Zinsen f. Finanzschulden - Inland	19.300	29.200	-9.900	-33,90%
	728100	Planung-Sonderfachleute	5.700	4.000	1.700	42,50%
	728200	Entgelt f. sonstige Leistungen	10.000	1.000	9.000	900,00%
	Gewinnentnahme der					
	769000	Gde.v.Unternehmungen+marktbest.Betrieben	134.500	102.800	31.700	30,84%
1/851000	Betriebe der Abwasserbeseitigung					
	050000	Sonderanlagen	3.000	15.000	-12.000	-80,00%
	298000	Rücklage Kanal (Int.B.plus Zinsen)	65.000	0	65.000	100,00%
	650000	Zinsen für Finanzschulden - Inland	192.700	288.600	-95.900	-33,23%
	700000	Mietzinse	2.000	0	2.000	100,00%
	728000	Entgelt f. sonstige Leistungen	3.000	500	2.500	500,00%
	728200	Entgelt für sonstige Leistungen v.Gewerbebetrieben, Firm	10.000	4.000	6.000	150,00%
	Gewinnentnahme der					
	769000	Gde.v.Unternehmungen+marktbest.Betrieben	130.100	53.400	76.700	143,63%
1/852000	Betriebe der Müllbeseitigung					
	752200	BAVWL Verbrennung	85.000	78.000	7.000	8,97%
	752300	BAVWL Sperrmüll	40.000	27.000	13.000	48,15%
1/859000	Seniorenwohn- u. Pflegeheim					
	346000	Investitionsdarlehen v. Kreditinstituten	64.300	55.600	8.700	15,65%
	400100	Arbeitskleidung	7.000	3.000	4.000	133,33%
	430100	Lebensmittel Fleisch- u. Wurstwaren	35.000	33.000	2.000	6,06%
	430200	Lebensmittel, Molkereiprodukte	34.000	32.000	2.000	6,25%
	430400	sonstige Lebensmittel	80.000	75.000	5.000	6,67%
	458100	Inkontinenzartikel	47.000	40.000	7.000	17,50%
	565000	Mehrleistungsvergütung	30.000	27.500	2.500	9,09%
	590100	Personalaus- und Weiterbildung	12.000	8.000	4.000	50,00%
	600000	Strom	51.000	42.300	8.700	20,57%
	601000	Gas	35.000	30.900	4.100	13,27%
	614000	Instandhaltung von Gebäuden	12.000	0	12.000	100,00%
	619000	Instandhaltung v. Sonderanlagen	4.000	6.000	-2.000	-33,33%
	650000	Zinsen f. Finanzschulden - Inland	39.000	70.900	-31.900	-44,99%
	700000	Miete - Bettwäsche	63.000	55.000	8.000	14,55%
	711000	Gebühren f. d. Benützung v. Gde.Einrichtungen	28.000	30.600	-2.600	-8,50%
	728000	Entgelt f. sonstige Leistungen	15.000	13.000	2.000	15,38%
	728600	Personalleasing	20.000	9.000	11.000	122,22%
	729200	sonst. Ausgaben Zivildienere	28.000	25.500	2.500	9,80%
	769000	Gewinnentnahme	221.100	0	221.100	100,00%
	769000	Gewinnentnahme	262.800	0	262.800	100,00%
		Übertrag	5.224.900	4.477.500	747.400	

		Übertrag	5.224.900	4.477.500	747.400	
1/859100	Gemeindefriedhof					
	346000 Darlehenstilgung		12.100	10.000	2.100	21,00%
	650000 Zinsen f. Finanzschulden		8.400	14.200	-5.800	-40,85%
1/859300	Errichtung von Parkplätzen					
	650000 Zinsen f. Finanzschulden		9.600	16.000	-6.400	-40,00%
1/894000	Stadthallen, Kongresshäuser					
	50000 Fahrradständer - Überdachung		3.000	17.000	-14.000	-82,35%
	614000 Instandhaltung v. Gebäuden		6.000	4.000	2.000	50,00%
	728000 Entgelt f. sonst. Leistungen		0	2.000	-2.000	-100,00%
1/920000	Ausschließliche Gemeindeabgaben					
	-298100 Rücklage Verkehrsfläche		5.800	25.000	-19.200	-76,80%
	298200 Rücklage Wasser		2.000	10.000	-8.000	-80,00%
	298300 Rücklage Kanal		5.800	15.000	-9.200	-61,33%
	298400 Rücklage Straßenbeleuchtung		2.000	0	2.000	100,00%
	722900 Rückersätze v. Einnahmen		0	12.600	-12.600	-100,00%
1/980000	Zuführungen an den AO Haushalt					
	-910200 Zuführung an den AOH Wasseranschlußgebühren		30.000	69.000	-39.000	-56,52%
1/992000	Ausfälle von Kassenresten					
	722000 Rückersätze v. Einnahmen		12.500	0	12.500	100,00%
	Summe Ausgaben OHH		5.322.100	4.672.300	649.800	

c) **Einnahmen ordentlicher Haushalt -
Mehr- und Wenigereinnahmen nach Gruppen**

Gruppenbezeichnung	VA 2009	mehr - weniger	NVA 2009
0 Vertretungskörper und allg. Verwaltung	311.700	120.600	432.300
1 Öffentliche Ordnung u. Sicherheit	13.900	-4.500	9.400
2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	749.700	81.600	831.300
3 Kunst, Kultur und Kultus	20.000	3.600	23.600
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	51.600	1.100	52.700
5 Gesundheit	4.700	21.800	26.500
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	430.200	15.000	445.200
7 Wirtschaftsförderung	400	0	400
8 Dienstleistungen	5.031.700	591.100	5.622.800
9 Finanzwirtschaft	7.841.800	-59.800	7.782.000
Summe	14.455.700	770.500	15.226.200

**d) Ausgaben ordentlicher Haushalt -
Mehr- und Wenigerausgaben nach Gruppen**

Gruppenbezeichnung	VA 2009	mehr -weniger	NVA 2009
0 Vertretungskörper und allg. Verwaltung	1.960.700	62.000	2.022.700
1 Öffentlich Ordnung u. Sicherheit	93.700	-13.700	80.000
2 Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	1.662.900	58.200	1.721.100
3 Kunst, Kultur und Kultus	185.500	1.100	186.600
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	1.883.300	54.000	1.937.300
5 Gesundheit	1.264.200	31.200	1.295.400
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	1.053.500	-19.300	1.034.200
7 Wirtschaftsförderung	121.100	38.600	159.700
8 Dienstleistungen	5.228.500	628.700	5.857.200
9 Finanzwirtschaft	1.002.300	-70.300	932.000
Summe	14.455.700	770.500	15.226.200

Die einzelnen geänderten Voranschlagsposten sind dem NVA zu entnehmen.

Wesentliche Einnahmen:

Bezeichnung	NVA-2009	% zu Ges.Einnahmen ord. HH	% Anteil Abschnitt 9200	% Anteil Abschnitt 9200/9250
Grundsteuer A	38.100	0,25%	1,02%	0,54%
Grundsteuer B	484.400	3,18%	12,93%	6,90%
Verzugszinsen manuell	100	0,00%	0,00%	0,00%
Mahngebühren manuell	600	0,00%	0,02%	0,01%
Getränke- u. Speiseeisabgabe	-	0,00%	0,00%	0,00%
Lustbarkeitsabgabe	6.000	0,04%	0,16%	0,09%
Hundeabgabe	10.800	0,07%	0,29%	0,15%
Kommunalsteuer	3.128.200	20,54%	83,48%	44,55%
Aufschließungsbeiträge lt.RaumO.	43.000	0,28%	1,15%	0,61%
Infrastrukturbeitrag	15.600	0,10%	0,42%	0,22%
Nebengebühren-Säumniszuschlag	800	0,01%	0,02%	0,01%
Sonst. Nebengebühren manuell	100	0,00%	0,00%	0,00%
Verwaltungsabgaben	19.200	0,13%	0,51%	0,27%
Kommissionsgebühren	200	0,00%	0,01%	0,00%
Zwischensumme Abschnitt 9200	3.747.100	24,61%	100,00%	53,37%
Abgabenertragsanteile	3.274.100	21,50%		46,63%
Zwischensumme 9200/9250	7.021.200	46,11%		100,00%
Summe ordentlicher Haushalt	15.226.200	100,00%		

3. Außerordentlicher Haushalt

Der Nachtragsvoranschlag 2009 sieht im gesamten

Einnahmen in Höhe von € **3.592.800,00** und
Ausgaben in Höhe von € **5.975.700,00** vor

und es besteht somit ein **Gesamt - Fehlbetrag - von € 2.382.900,00**

Die im Rechnungsabschluss 2008 ausgewiesenen **Soll-Ergebnisse** wie **Soll-Überschuss** für

Pfarrcaritaskindergarten Sanierung	€	20.700,00
Dieselstraße	€	5.800,00
Gemeindestraßen 2009 - 2011	€	37.900,00
Kanalbau BA 12a	€	2.100,00
Kabel TV Anlage	€	950.200,00

und **Soll-Fehlbetrag** für:

Amtsgebäude	€	68.500,00
Amtsgebäude Einrichtung	€	265.400,00
FF Fernreith Neubau Feuerwehrdepot	€	128.000,00
Volks- und Hauptschulsanierung	€	438.200,00
Parrcaritas Kindergartensanierung	€	0,00
Krabbelstube	€	5.400,00
Kindergartenadaptierung Errichtung einer 7. Gruppe	€	1.000,00
Schülerhort Um- und -zubau	€	14.100,00
Sport- und Erholungszentrum	€	518.100,00
Musikschule - Neubau	€	37.500,00
Musikschule - Einrichtung	€	13.200,00
Musikheim Neubau	€	190.900,00
Musikheim - Einrichtung	€	55.500,00
Wallackstraße/BI	€	145.200,00
Gemeindestraßen - Neubau Dahlienstraße	€	19.600,00
Ortsplatz - Ortskerngestaltung	€	7.100,00
Fuhrpark - Bauhof	€	33.500,00
Schutzwasserbau Zeilingerbach	€	0,00
Schutzwasserbau Grünbach	€	50.100,00
Schutzwasserbau Irnharting	€	24.300,00
Flurbereinigung Holzling-Kappling	€	0,00
Regionales Innovationszentrum	€	72.500,00
Wasserversorgung BA 05	€	80.900,00
Wasserversorgung BA 07	€	26.900,00
Kanalbau BA 13	€	6.200,00
Kanalbau BA 14	€	10.400,00
Kanalbau BA 16	€	184.600,00
Wohngebäude Kirchengasse 14	€	2.800,00
Wohngebäude Schulstraße 9/11	€	19.400,00
Gemeindefriedhof	€	59.600,00

wurden im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt.

Das Ergebnis der einzelnen Vorhaben im außerordentlichen Haushalt lautet:

Bezeichnung - Vorhaben	Einnahmen	Ausgaben	Überschuss/Fehlbetrag
Amtsgebäude	200.000	268.500	-68.500
Amtsgebäude - Einrichtung	73.700	274.400	-200.700
FF-Fernreith Neubau Feuerwehrdepot	64.000	128.000	-64.000
FF-Fernreith Löschfahrzeug KLF - A	30.000	40.000	-10.000
VS HS Sanierung	813.800	1.021.200	-207.400
Kindergarten Krabbelstube	0	5.400	-5.400
Pfarrcaritaskindergarten Sanierung	47.300	0	47.300
Kindergarten Adaptierung 7.Gruppe	0	2.000	-2.000
Kindergarten - Krabbelstube Provisorium	0	21.000	-21.000
Kindergarten Adaptierung 8. Gruppe	0	11.000	-11.000
Schülerhort - Um- u. Zubau	0	14.100	-14.100
Sport- und Erholungszentrum	0	518.100	-518.100
Musikschule Neubau	49.500	57.500	-8.000
Musikschule Einrichtung	34.600	13.200	21.400
Musikheim - Neubau	0	190.900	-190.900
Musikheim - Einrichtung	90.000	55.500	34.500
Wallackstraße/ B I	50.000	214.200	-164.200
Wallackstraße/ B I Ersatzstraße	0	65.000	-65.000
Kreisverkehrsanlage Sparkreuzung	0	13.000	-13.000
Aufschließungsstraße Neubau Dahlienstraße	0	531.600	-531.600
Aufschließungsstraße Dahlienstraße West	0	40.000	-40.000
Aufschließungsstraße Neubau Dieselstraße	5.800	0	5.800
Ortsplatz- u. Ortskerngestaltung	10.000	214.100	-204.100
Straßenbau 2009 - 2011	67.900	67.900	0
Fuhrpark (Bauhof)	33.500	33.500	0
Schutzwasserbau Zeilingerbach	2.500	25.000	-22.500
Schutzwasserbau Grünbach	4.000	69.100	-65.100
Schutzwasserbau Irnharting	0	29.300	-29.300
Schutzwasserbau - Saagerdamm	0	27.000	-27.000
Flurbereinigung Holzling Kappling	0	235.000	-235.000
Regionales Innovationszentrum	386.000	498.500	-112.500
Straßenbeleuchtung	0	30.000	-30.000
Grundbesitz	0	0	0
WVA BA 05	200.000	200.400	-400
WVA BA 07	0	38.900	-38.900
Kanal - Beitrag Abwasserverband	1.500	1.500	0
Kanal BA 12a	2.100	16.100	-14.000
Kanal BA 13	0	6.200	-6.200
Kanal BA 14	0	10.400	-10.400
Kanal BA 16	410.000	389.600	20.400
Wohngebäude Kirchengasse 14	40.000	188.800	-148.800
Wohngebäude Schulstraße 9/11	26.400	46.400	-20.000
Seniorenwohn- und Pflegeheim	0	0	0
Gemeindefriedhof - Leichenhalle	0	59.600	-59.600
Kabel TV Anlage	950.200	303.800	646.400
Gesamtsumme	3.592.800	5.975.700	-2.382.900
Gesamtfehlbetrag ao.H.			-2.382.900

4. Außerordentlicher Haushalt - Begründung der Fehlbeträge und Überschüsse

Amtsgebäude - Fehlbetrag € 68.500,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Das Amtsgebäude wurde generalsaniert und ist weitgehendst bautechnisch abgeschlossen. Die Umbaumaßnahmen wurden durch die VFI & CO KG durchgeführt und ist diese Immobilie an die Marktgemeinde Gunskirchen wiederum rückvermietet worden. Mittlerweile ist der gesamte Amtsbetrieb in das generalsanierte Objekt übersiedelt, sodass einem geregelten Amtsbetrieb nachgekommen werden kann.

Bausumme € 2.542.400,00
Realisierungszeitraum: 2005 – 2007
Finanzierungszeitraum: 2005- 2012
Finanzierungsplan: Gem 311429/344-2004-Ba
Finanzierung: gesichert

Amtsgebäude - Einrichtung - Fehlbetrag € 200.700,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Nachdem die Errichtung des Zubaus und die Generalsanierung des verbleibenden Objektes durch die VFI & CO KG vorgenommen wurden, verbleiben jene Kosten, die für die Einrichtung, EDV und künstlerische Gestaltung aufzuwenden sind bei der Marktgemeinde Gunskirchen. Bis auf einige Kleinigkeiten, welche bei der Einrichtung noch vorzunehmen sind, ist das Amtsgebäude voll ausgestattet.

Bausumme € 286.800,00
Realisierungszeitraum: 2005 – 2007
Finanzierungszeitraum: 2005 - 2012
Finanzierungsplan: im FP „Amtsgebäude-Neubau“ inkludiert
Finanzierung: gesichert

FF Fernreith, Neubau Feuerwehrdepot - Fehlbetrag € 64.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat für die FF Fernreith ein Feuerwehrdepot errichtet und dies im Finanzjahr 2006 seiner Bestimmung übergeben. Dieses Vorhaben wurde ebenfalls durch die VFI & CO KG errichtet und ist in weiterer Folge an die Marktgemeinde Gunskirchen rückvermietet worden. Seitens der Marktgemeinde Gunskirchen wurde in die VFI & CO KG für dieses Vorhaben die gesamten Mittel eingebracht. Dies bedeutet, dass der o.a. Fehlbetrag durch später einlangende Bedarfszuweisungsmittel, Landeszuschüsse und Anteilsbeiträge auszufinanzieren ist.

Bausumme € 96.800,00
Realisierungszeitraum: 2002 – 2006
Finanzierungszeitraum: 2002 - 2010
Finanzierungsplan: Gem 311429/352-2004-BA
Finanzierung: gesichert

FF Fernreith, Löschfahrzeug KLF - A - Fehlbetrag € 10.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat für die FF Fernreith ein Kleinlöschfahrzeug angekauft und es liegt für diese Anschaffung ein positiver Beschluss des Gemeinderates vor. Das Kleinfahrzeug soll im Dezember 2010 zur Auslieferung gelangen. Gegenständlicher Ankauf wird seitens der FF Fernreith mit Eigenmittel in der Höhe von € 30.000,00 unterstützt.

Anschaffungskosten	€ 125.000,00
Realisierungszeitraum:	2009 – 2010
Finanzierungszeitraum:	2009 - 2013
Finanzierungsplan:	liegt keiner vor
Finanzierung:	teilweise gesichert

Schule - Adaptierung **- Fehlbetrag € 207.400,00**

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Für die Sanierung der Volks- u. Hauptschule liegt ein Sanierungsplan vom Architekten Dipl.-Ing. Andrä Fuchs vor. Dieser Plan stützt sich im Wesentlichen auf die derzeitige Gebäudehülle und sieht im Innenbereich eine Neueinteilung bzw. Neuaufteilung der Räumlichkeiten vor. Das Gesamtkonzept findet mit nur wenigen Erweiterung wie z.B.: Aula und einem kleinen Zubau im Bereich der Schülerauspeisung das Auslagen.

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat bereits einige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt und bis zum Finanzjahr 2003 Ausgaben in der Höhe von € 1.958.530,86 getätigt.

Dieses Bauvorhaben wurde ebenfalls in die VFI & CO KG ausgegliedert und ist mittlerweile abgeschlossen. Durch die VFI & CO KG wurde ebenfalls ein bereits bestehendes Darlehen der Marktgemeinde Gunskirchen in Höhe von € 400.000,00 übernommen. Die VFI & CO KG hat in weiterer Folge das gesamte Objekt wiederum an die Marktgemeinde Gunskirchen rückvermietet. Beim nachstehend angeführten Finanzierungsplan mit der eingetragenen Bausumme ist wiederum eine Erhöhung eingetreten, dass nunmehr bereits von Kosten in der Höhe von € 6.873.096,00 ausgegangen wird.

Bausumme	€ 6.873.096,00 (inkl. 1. Etappe)
Realisierungszeitraum:	1994 – 2009
Finanzierungszeitraum:	1994 - 2018
Finanzierungsplan:	Gem 311429/387-2006-Ba
Finanzierung:	gesichert

Kindergarten – Krabbelstube **- Fehlbetrag € 5.400,00**

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Krabbelstube wurde im Erdgeschoss des Kindergartengebäudes untergebracht. Der bestehende Ruhe- u. Bewegungsraum wurde zu diesem Zweck entsprechend adaptiert. Der Betrieb der Krabbelstube wurde bereits mit dem Krabbelstubenjahr 2006/2007 aufgenommen. Dieses Vorhaben wurde ebenfalls durch die VFI & CO KG durchgeführt und sind die Krabbelstube als auch der Kindergarten und der Schülerhort wiederum an die Marktgemeinde Gunskirchen rückvermietet worden. Für die Realisierung dieses Vorhabens werden seitens des Amtes der OÖ. Landesregierung, Jugendwohlfahrt, Mittel in der Höhe von € 50.000,00 zur Verfügung gestellt. Die Abrechnung der Investitionskosten wurde durch die Finanzabteilung bereits erstellt und ist davon auszugehen, dass die Landesmittel im Finanzjahr 2007 einlangen werden.

Bausumme	€ 128.500,00
Realisierungszeitraum:	2007 - 2009
Finanzierungszeitraum:	2008 - 2010
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Pfarrcaritas Kindergartensanierung

+ Überschuss € 47.300,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Im Seniorenwohn- und Pflegeheim ist auch der Pfarrcaritas Kindergarten untergebracht. Dabei wurde des Öfteren durch die Pfarre eine Sanierung des Mauerwerkes gefordert. Nunmehr hat die Marktgemeinde Gunskirchen die Trockenlegung jenes Gebäudeteiles des Seniorenwohn- und Pflegeheimes, welcher für den Betrieb des Pfarrcaritaskindergartens bestimmt war, durchgeführt. Der Betrieb des Kindergartens wurde bereits aufgenommen. Durch die Durchführung dieser Maßnahme ist auch für den Bereich des Pfarrcaritaskindergartens eine moderne Kinderbetreuungseinrichtung geschaffen worden. In diesem Zusammenhang wurden auch sämtliche Sanitärinstallationen erneuert.

Bausumme	€ 141.200,00
Realisierungszeitraum:	2007
Finanzierungszeitraum:	2007 - 2012
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Kindergarten Adaptierung 7. Gruppe

- Fehlbetrag € 2.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

In diesem Zusammenhang wird wiederum darauf verwiesen, dass auch der Kindergarten in die VFI & CO KG eingebracht wurde. Die Baumaßnahmen wurden somit durch die VFI & CO KG durchgeführt und sind diese durch die Marktgemeinde Gunskirchen zu ersetzen. Die Einrichtung und Ausstattung der 7. Gruppe hat die Marktgemeinde Gunskirchen durchgeführt und liegen die Räumlichkeiten dieser 7. Gruppe im 1. OG des Kindergartengebäudes. Dieses Vorhaben ist bereits bautechnisch abgeschlossen und es konnte der Betrieb der 7. Gruppe mit dem Beginn des Kindergartenjahres 2007/2008 aufgenommen werden.

Bausumme	€ 17.000,00
Realisierungszeitraum:	2007
Finanzierungszeitraum:	2007 - 2012
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Kindergarten – Krabbelstube (Provisorium)

- Fehlbetrag € 21.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Marktgemeinde Gunskirchen betreibt dzt. eine eingruppige Krabbelstube und soll diese aufgrund der Bedarfserhebung auf eine zweigruppige Krabbelstube aufgestockt werden. Gegenständliche Krabbelstube wird vorerst als Provisorium im gemeindeeigenen Objekt Kirchengasse 14 untergebracht. Die Kosten für die notwendigen Baumaßnahmen werden in einem gesonderten Vorhaben „Sanierung Wohngebäude Kirchengasse 14“ ausgewiesen. Für die Einrichtung und Ausstattung der Krabbelstube sind € 21.000,00 vorgesehen. Die Marktgemeinde Gunskirchen hat beim Amt der Oö. Landesregierung um Zuerkennung von Landeszuschüssen und Bedarfsmitteln angesucht. Der Betrieb der Krabbelstube soll im September 2009 aufgenommen werden.

Anschaffungskosten	€ 21.000,00
Realisierungszeitraum:	2009
Finanzierungszeitraum:	2009 - 2012
Finanzierungsplan:	liegt derzeit nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Kindergarten – Adaptierung 8. Gruppe

- Fehlbetrag € 8.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Marktgemeinde Gunskirchen betreibt dzt. einen 7-gruppigen Kindergarten und soll dieser aufgrund des gestiegenen Bedarfes um eine Gruppe erweitert werden. Durch die Umsiedlung der Krabbelstube können die frei werdenden Räumlichkeiten für den Betrieb dieser zusätzlichen Gruppe genutzt werden. Aus heutiger Sicht sind keine Baumaßnahmen notwendig, sodass lediglich die Einrichtung bzw. die Erstausrüstung für diese zusätzliche Gruppe beschafft werden muss. Die Marktgemeinde Gunskirchen hat beim Amt der Oö. Landesregierung um Zuerkennung von Landeszuschüssen und Bedarfszuweisungsmittel angesucht. Der Betrieb der zusätzlichen Kindergartengruppe soll im September 2009 aufgenommen werden.

Anschaffungskosten	€ 11.000,00
Realisierungszeitraum:	2009
Finanzierungszeitraum:	2009 - 2012
Finanzierungsplan:	liegt derzeit nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Schülerhort – Erweiterung

- Fehlbetrag € 14.100

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Marktgemeinde Gunskirchen betreibt derzeit einen 4-gruppigen Schülerhort mit 74 Kindern. Nachdem diese Einrichtung sehr angenommen wird, bedarf es einer dringenden Erweiterung des Schülerhortes.

Der bereits vorliegende Plan sieht eine Erweiterung des Schülerhortes beim bestehenden Standort vor. Durch Aufstockung beim bestehenden Kindergartengebäude und Zubau eines zusätzlichen Bewegungsraumes soll dabei die Möglichkeit geschaffen werden, den zusätzlichen Bedarf abzudecken.

Bausumme	€ 808.400,00
Realisierungszeitraum:	2008 – 2012
Finanzierungszeitraum:	2008 - 2015
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Sport- und Erholungszentrum

- Fehlbetrag € 518.100,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Das Sport- und Erholungszentrum soll in der Kiesgrube am Hagen etabliert werden. Aufgrund eines Vorbegutachtungsverfahrens wurde durch die Sachverständigen die Errichtung des Sport- und Erholungszentrums in der Kiesgrube ausgeschlossen. In der Kiesgrube sollte nun, wie ursprünglich geplant, das Sickerbecken für den Zeilingerbach realisiert werden. Die Verwirklichung dieses Vorhabens kann nur außerhalb der Kiesgrube stattfinden, sodass hierfür benötigte Grundflächen im Ausmaß von 5 ha erworben werden müssen. Nach wie vor bestehen erhebliche Unklarheiten, wie z. B. Einbeziehung der betroffenen Vereine, Betreibermodell, Kosten, sodass die dzt. Kosten nur grob geschätzt werden konnten.

Bausumme	€ 3.230.700,00
Realisierungszeitraum:	2009 - 2015
Finanzierungszeitraum:	2009 - 2020
Finanzierungsplan:	liegt derzeit nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Musikschule**- Fehlbetrag € 8.000,00****Allgemeine Beschreibung des Vorhabens**

Das Bauvorhaben ist bereits bautechnisch abgeschlossen. Aus diesem Grunde wird auf eine Beschreibung des Bauvorhabens verzichtet.

Bausumme	€ 2.935.350,00
Realisierungszeitraum:	2002 – 2004
Finanzierungszeitraum:	2002 - 2006
Finanzierungsplan:	Gem 311429/343-2004-Ba
Finanzierung:	gesichert

Musikschule – Einrichtung**+ Überschuss € 21.400,00****Allgemeine Beschreibung des Vorhabens**

Das Bauvorhaben ist bereits bautechnisch abgeschlossen. Aus diesem Grunde wird auf eine Beschreibung des Bauvorhabens verzichtet.

Bausumme	im FP „Errichtung Musikschule“ inkl.
Realisierungszeitraum:	2002 – 2004
Finanzierungszeitraum:	2002 - 2006
Finanzierungsplan:	Gem 311429/343-2004-Ba
Finanzierung:	gesichert

Musikheim**- Fehlbetrag € 190.900,00****Allgemeine Beschreibung des Vorhabens**

Das Bauvorhaben ist bereits bautechnisch abgeschlossen. Aus diesem Grunde wird auf eine Beschreibung des Bauvorhabens verzichtet.

Bausumme	€ 688.540,00
Realisierungszeitraum:	2002 – 2004
Finanzierungszeitraum:	2002 - 2007
Finanzierungsplan:	Gem 311429/344-2004-Ba
Finanzierung:	gesichert

Musikheim – Einrichtung**+ Überschuss € 34.500,00****Allgemeine Beschreibung des Vorhabens**

Das Bauvorhaben ist bereits bautechnisch abgeschlossen. Aus diesem Grunde wird auf eine Beschreibung des Bauvorhabens verzichtet.

Bausumme	im FP „Errichtung Musikheim“ inkl.
Realisierungszeitraum:	2002 – 2004
Finanzierungszeitraum:	2002 - 2007
Finanzierungsplan:	Gem 311429/344-2004-Ba
Finanzierung:	gesichert

Wallackstraße/B I**- Fehlbetrag € 164.200,00****Allgemeine Beschreibung des Vorhabens**

Zur Erschließung des Betriebsbaugebietes MM Mühringer Montage, Formatwerk GmbH. usw. wurde in diesem Bereich eine Ampel im Kreuzungsbereich errichtet. Durch die Verampelung des Kreuzungsbereiches wurde eine Verbesserung des Verkehrsflusses erreicht. Mit den betroffenen Grundstückseigentümern wurden Verhandlungen geführt und erreicht, dass

auch von diesen gewisse Beiträge zur Finanzierung der Ampel aufgebracht werden. Um die hohen Kosten finanzieren zu können, wurde eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 300.000,00 durchgeführt.

Bausumme	€ 328.500,00
Realisierungszeitraum:	2008 – 2009
Finanzierungszeitraum:	2008 - 2009
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Wallackstraße/B I - Ersatzstraße - Fehlbetrag € 65.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Bei der Realisierung des Vorhabens Wallackstraße/BI – Errichtung einer Ampelanlage wurde mit den Anrainern vereinbart, dass zur Entflechtung des betrieblichen Verkehrs zum normalen bzw. sonstigen Verkehr eine Ersatzstraße neu errichtet wird. Gegenständliche Ersatzstraße befindet sich vorerst im Planungsstadium und es wurden mit den betroffenen Grundstückseigentümern Vorgespräche geführt. Bei einer späteren Bebauung der betroffenen Grundstücke haben die neuen Grundstücksbesitzer der Marktgemeinde Gunskirchen die Grundkosten für die Errichtung dieser Ersatzstraße zu erstatten.

Bausumme	€ 250.000,00
Realisierungszeitraum:	2009 – 2012
Finanzierungszeitraum:	2009 - 2015
Finanzierungsplan:	liegt derzeit nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Kreisverkehrsanlage Spar-Kreuzung - Fehlbetrag € 13.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Im Bereich der Spar-Kreuzung ist eine Kreisverkehrsanlage geplant. Bei der Errichtung dieser Kreisverkehrsanlage muss auch die Brücke über die Hochwassermulde entsprechend adaptiert oder gänzlich neu errichtet werden. Diese Maßnahme soll deshalb durchgeführt werden, um die Verkehrssicherheit wesentlich zu erhöhen. Bevor jedoch dieses Bauvorhaben realisiert wird, sind noch weitergehende Untersuchungen und Alternativen gründlich vorzunehmen.

Bausumme	€ 600.000,00
Realisierungszeitraum:	2008 – 2012
Finanzierungszeitraum:	2008 - 2012
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Aufschließungsstraße – Dahlienstraße Süd - Fehlbetrag € 531.600,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Zur Entlastung der Wohngebiete entlang der Heidestraße und der Lambacher Straße ist der Bau der Dahlienstraße von der Lambacher Straße zur B 1, wie im Flächenwidmungsplan vorgesehen, geplant. Die Dahlienstraße dient zur Entlastung und Verkehrsberuhigung in der Lambacher- und Heidestraße, zur künftigen Baulandaufschließung in diesem Bereich, zur Erschließung der Firma Oberndorfer und Ammag, sowie der Erschließung von Bauerwartungsland westlich der Fliederstraße. Nachdem dieser neue Straßenzug am Rande bestehender Wohngebiete und zum Teil durch zukünftiges Wohngebiet führt sind auch begleitende Lärmschutzmaßnahmen erforderlich.

Bausumme	€ 1.160.000,00
Realisierungszeitraum:	2001 – 2010
Finanzierungszeitraum:	2001 - 2012
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Aufschließungsstraße – Dahlienstraße West - Fehlbetrag € 40.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die geplante Aufschließungsstraße „Dahlienstraße-West“ dient zur Erschließung des künftigen Sportzentrums und der im Örtlichen Entwicklungskonzept ausgewiesenen Bauerwartungslandflächen. Sie verläuft künftig ab der Fliederstraße entlang der ÖBB-Westbahnstrecke, um die Kiesgrube Hagen und bindet im Bereich der ehemaligen Kiesgrubenzufahrt wieder in die B1 Wiener Straße ein. Im Zuge des 4-streifigen Ausbaues soll im dortigen Kreuzungsbereich eine Verampelung hergestellt werden.

Des weiteren soll durch die Errichtung der „Dahlienstraße-West“ eine Entlastung der Wohnviertel Straß und Pointen erzielt werden, zumal durch eine weitere Erschließungsstraße mit Anbindung an die B1 Wiener Straße ein Großteil des derzeitigen Sickerverkehrs geordnet geleitet werden kann.

Bausumme	€ 895.000,00
Realisierungszeitraum:	2001 – 2010
Finanzierungszeitraum:	2001 - 2012
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Aufschließungsstraße Dieselstraße + Überschuss € 5.800,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat in der Vergangenheit einen Teil der Dieselstraße im Zuge des Kanalbaues hergestellt. Der beim Kanalbau ausgehobene Schotter wurde aus ökonomischen Gründen für den Teilausbau der Dieselstraße verwendet. Dadurch konnte eine erhebliche Senkung der Straßenbaukosten erreicht werden. Für zukünftige Betriebsansiedlungen ist es jedoch erforderlich, dass es bei Bedarf der Ausbau der Dieselstraße vorangetrieben wird.

voraussichtliche Baukosten:	€ 80.000,00
Realisierungszeitraum:	2004 – 2010
Finanzierungszeitraum:	2004 - 2010
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Ortsplatz- Ortskerngestaltung - Fehlbetrag € 204.200,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Das Ortszentrum soll neu gestaltet werden. Dabei soll dem Ziel der Erreichung einer Verkehrsberuhigung und der Erhöhung der Verkehrssicherheit der Fußgänger Rechnung getragen werden.

Dabei ist es unbedingt notwendig, eine generelle Erarbeitung eines Gestaltungs- und Verkehrskonzeptes durchzuführen. Die VLW hat ein Wohn- und Geschäftsgebäude errichtet und es soll dieses neue Objekt per 1. Juli 2009 den Mietern übergeben werden. Dadurch war es unumgänglich, die erste Etappe der Ortsplatz- und Ortskerngestaltung durchzuführen, um auch eine geordnet Gestaltung in Verbindung mit dem neu errichteten Gebäude sicherzustellen. Die Fortführung dieses Vorhabens ist aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen erst zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt möglich.

Bausumme	€ 1.441.000,00
Realisierungszeitraum:	2005 – 2010
Finanzierungszeitraum:	2009 - 2015
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Sanierung Gemeindestraßen (2009 – 2011) ausgeglichen

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Eines der wichtigsten Vorhaben der Marktgemeinde ist u. a. die Weiterführung der unbedingt notwendigen Straßensanierungsmaßnahmen sowie der Neubau von Gemeindestraßen und Ortschaftswegen.

Das neue Programm umfasst den Zeitraum von 2009 bis 2011 mit einem Gesamtbauvolumen von € 540.000,00. Für das Finanzjahr 2009 sind Baukosten in der Höhe von € 67.900,00 vorgesehen und mussten diese aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen entsprechend gekürzt werden. Die Kosten werden mit Interessentenbeiträgen und Aufschließungsbeiträgen abgedeckt.

Bausumme	€ 540.000,00
Realisierungszeitraum:	2009 – 2011
Finanzierungszeitraum:	2009 - 2015
Finanzierungsplan:	liegt derzeit nicht vor
Finanzierung:	gesichert

Fuhrpark (Bauhof) ausgeglichen

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Beim Gemeindebauhof soll ein Kleintraktor samt Zusatzgeräte angekauft werden. Der dzt. in Verwendung stehende Kleintraktor könnte in weiterer Folge in anderen Bereichen der Gemeinde zum Einsatz gelangen. Die Finanzierung erfolgt über eine Rücklagenentnahme bei der Wasserversorgungsanlage

Anschaffungssumme	€ 33.500,00
Realisierungszeitraum:	2008 – 2008
Finanzierungszeitraum:	2008 - 2009
Finanzierungsplan:	liegt derzeit nicht vor
Finanzierung:	gesichert

Schutzwasserbau Zeilingerbach - Fehlbetrag € 22.500,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat für die Versickerung des Südarmes des Zeilingerbaches zu sorgen. Derzeit versickert dieser provisorisch im Bereich der Ortschaft Schmiedhub/Edt bei Lambach. Da diese Versickerungsanlage nicht mehr dem Stand der heutigen Technik entspricht, soll diese erneuert bzw. der Südarm zur Versickerung umgelegt werden.

Im Zug des Kiesabbaues in Haagen besteht die Möglichkeit, diese bestehende konsenslose Versickerungsanlage in das Kiesabbaugebiet umzulegen.

Die wasserrechtliche Bewilligung liegt aufgrund des Bescheides der BH Wels-Land vom 12.3.2003 vor.

Bausumme	€ 338.400,00
Realisierungszeitraum:	2005 – 2012
Finanzierungszeitraum:	2008 - 2015
Finanzierungsplan:	liegt derzeit nicht vor

Finanzierung: nicht gesichert

Schutzwasserbau Grünbach - Fehlbetrag € 54.100,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Ortschaft Grünbach liegt innerhalb der Hochwasserzone und soll daher einen geeigneten Hochwasserschutz erhalten. Weiters ist dieser Hochwasserschutz und deren Planung auch aufgrund einer weiteren Bebauung im Bereich der Ortschaft Grünbach (Aichingergründe) durchzuführen. Derzeit liegen noch keine konkreten Kosten für die Umsetzung der Baumaßnahmen vor.

Bausumme € 526.400,00
Realisierungszeitraum: 2005 – 2012
Finanzierungszeitraum: 2008 - 2015
Finanzierungsplan: liegt derzeit nicht vor
Finanzierung: nicht gesichert

Schutzwasserbau Irnharting - Fehlbetrag € 29.300,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Ortschaft Irnharting liegt innerhalb der Hochwasserzone und soll daher einen geeigneten Hochwasserschutz erhalten. Derzeit befindet sich dieses Vorhaben in Planungsphase, sodass noch keine detaillierte Beschreibung des Vorhabens und voraussichtliche Kosten genannt werden können.

Bausumme € 346.700,00
Realisierungszeitraum: 2005 - 2012
Finanzierungszeitraum: 2008 - 2015
Finanzierungsplan: liegt derzeit nicht vor
Finanzierung: nicht gesichert

Schutzwasserbau Saagerdamm - Fehlbetrag € 27.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Beim Hochwasser im Jahr 2002 wurde festgestellt, dass der Saagerdamm dringend saniert werden muss, um die landseitig gelegene Ortschaft Au bei der Traun entsprechend zu schützen. Nunmehr liegt ein konkretes Projekt vor, welches auch eine Kostenbeteiligung der Marktgemeinde Gunskirchen vorsieht.

Bausumme € 27.000,00 (Beteiligung)
Realisierungszeitraum: 2008 - 2010
Finanzierungszeitraum: 2008 - 2015
Finanzierungsplan: liegt derzeit nicht vor
Finanzierung: nicht gesichert

Flurbereinigung Holzing - Kappling - Fehlbetrag € 235.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Von der Agrarbezirksbehörde Linz wird im Gebiet von Holzing - Kappling eine Flurbereinigung auf Antrag der dortigen Grundbesitzer durchgeführt. In diesem Projekt werden öffentliche Wege aus- bzw. neu gebaut um die Erschließung von Liegenschaften zu ermöglichen und zu verbessern.

Im Bereich der Flurbereinigung Holzing – Kappling ist der 1. Teil mit einem Kostenaufwand von ca. € 436.000,-- bereits abgeschlossen. Lt. Mitteilung der Agrarbezirksbehörde sollen im

Rahmen des Wegebauprogramms der Güterweg Kranzl am Eck (von Kappling bis Holzing) und die Verbreiterung der Maulstraße (von Kappling bis Waldenberg) durchgeführt werden. Dabei ist auch eine Verbreiterung der Fahrbahnbreite erforderlich, sodass zusätzlich Grund-einlösen von ca. 3.500 m² getätigt werden müssen.

Die Aufstockung dieses Bauprogramms wurde durch den Gemeinderat in seiner Sitzung am 7. März 2001 genehmigt. Die Flurbereinigung mit dem damit verbundenen Ausbau der Wege wirkt sich mit der Zuerkennung von Landeszuschüssen positiv aus. Diesbezüglich werden durch die Agrarbezirksbehörde 40 % der Kosten für den Schotterbau und 25 % der Kosten für die Asphaltierung getragen. Dieses Bauvorhaben wird somit 2009 bautechnisch abgeschlossen. Die Ausfinanzierung dieses Vorhabens hat somit durch Anteilsbeträge des ordentlichen Haushaltes zu erfolgen.

Bausumme	€ 865.600,00
Realisierungszeitraum:	1999 – 2009
Finanzierungszeitraum:	1999 - 2015
Finanzierungsplan:	Gem 311429/264-2002-Sha
Finanzierung:	gesichert

Regionales Innovationszentrum Gunskirchen - Fehlbetrag € 112.500,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die BRP-Rotax GmbH. & Co KG errichtet gemeinsam mit der Marktgemeinde Gunskirchen, den Gemeinden des Bezirkes Wels-Land, der Stadt Wels und dem Land OÖ. das Regional Innovationscenter (RIC). Träger dieses RIC wird die RIC Errichtung und BetriebsgmbH. sein und vermietet das neu errichtete Gebäude an die BRP-Rotax GmbH. & Co KG. Dabei ist beabsichtigt, dass die BRP-Rotax GmbH. & Co KG als Generalmieter fungiert und somit die Auslastung des RIC sichergestellt ist.

Durch die Marktgemeinde Gunskirchen wurden bereits einige Verträge wie z.B. Syndikatsvertrag, Optionsvertrag eingegangen und sind diese durch den Gemeinderat positiv beschlossen worden.

Beteiligung – Summe	€ 2.500.000,00
Realisierungszeitraum:	2007 - 2015
Finanzierungszeitraum:	2007 - 2015
Finanzierungsplan:	liegt nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Öffentliche Beleuchtung - Fehlbetrag € 30.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Durch die Marktgemeinde Gunskirchen wird ein Projekt über die Errichtung einer öffentlichen Beleuchtung erstellt. Die Kosten, welche vorerst vorliegen, sehen einen Investitionsrahmen in der Höhe von € 520.000,-- vor. Aufgrund der sehr angespannten finanziellen Lage der Marktgemeinde Gunskirchen ist es nicht möglich die gesamten Investitionskosten aufzubringen. Ebenfalls ist es nicht möglich die Folgekosten durch den höheren Stromverbrauch und die Wartungskosten im ordentlichen Haushalt zu finanzieren.

Bausumme	€ 120.000,00
Realisierungszeitraum:	2009 - 2012
Finanzierungszeitraum:	2009 - 2016
Finanzierungsplan:	liegt derzeit noch nicht vor
Finanzierung:	nicht gesichert

Wasserversorgungsanlage BA 05

- Fehlbetrag € 400,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Ortschaft Lucken und die Wassergenossenschaft Holzinger sollen an die öffentliche Wasserversorgung der Marktgemeinde Gunskirchen angeschlossen werden. In diesem Zusammenhang werden ca. 2.500 lfm Wasserleitungsrohre verlegt und eine Drucksteigerungsanlage in der Ortschaft Holzinger errichtet.

Bausumme	€ 402.000,00
Realisierungszeitraum:	2005 – 2009
Finanzierungszeitraum:	2006 - 2009
Finanzierungsplan:	
Finanzierung:	gesichert

Wasserversorgungsanlage BA 07

- Fehlbetrag € 38.900,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Das Bauvorhaben Wasserversorgungsanlage BA 07 umfasst im Wesentlichen die Errichtung eines 2. Brunnens im Bereich Hochholz, um die Wasserversorgung der Marktgemeinde Gunskirchen mittelfristig sicherstellen zu können. Der geplante Brunnen soll ca. 20 l/Sec fördern. Um diesen Brunnen an die bestehenden Versorgungsleitungen anbinden zu können, müssen entsprechende Versorgungsleitungen verlegt werden.

Bausumme	€ 437.300,00
Realisierungszeitraum:	2006 – 2009
Finanzierungszeitraum:	2008 - 2011
Finanzierungsplan:	
Finanzierung:	gesichert

Kanal BA 12a

- Fehlbetrag € 14.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Der Sammelkanal BA 12a, welcher als Ableitungskanal für die Marktgemeinde Gunskirchen und der Gemeinde Pennewang errichtet wurde, erstreckt sich vom Endschacht des Kanalbau BA 09 Oberndorf entlang der nördlichen Seite des Grünbaches bis zur Ortschaft Pfarrhofwies.

Im Bereich Pfarrhofwies wird der Grünbach und die Grünbachtallandesstraße mittels einer Pressung gequert und verläuft als Sammelkanal von Wallenstorf bis nach Irnharting. Danach wird der Kanal beim Schlossteich vorbeigeführt und in weiterer Folge in Richtung Liegenschaft Mayr-Rohrauer errichtet.

Der Übergabeschacht befindet sich in Lucken und dient als Anschlusspunkt für den Kanalbau der Gemeinde Pennewang. Die Gesamtlänge des Ableitungskanals beträgt ca. 4.165 m. Aufgrund der extremen Bodenverhältnisse hat sich eine Kostenerhöhung auf 2,1 Mio. ergeben. Eine entsprechende Erhöhung der Katalogkosten wurde bei der ÖKK (Österreichischer Kommunal Kredit AG) gestellt. Der Kanalbau wird mit Ende Oktober 2004 abgeschlossen.

Bausumme	€ 2.140.000,00
Realisierungszeitraum:	2003 – 2009
Finanzierungszeitraum:	2003 - 2009
Finanzierungsplan:	
Finanzierung:	gesichert

Kanal BA 13**- Fehlbetrag € 6.200,00****Allgemeine Beschreibung des Vorhabens**

Der Kanalbauabschnitt BA 13 umfasst die 3. Etappe des Sammelkanals SK VII. und erstreckt sich von der Gärtnerstr. über die zukünftige Dahlienstraße bis zur Lambacher Str. Dieser Kanalstrang wird in den Sammelkanal II eingebunden und dient somit als Entlastungskanal des Sammelkanals II.

Bausumme	€ 268.000,00
Realisierungszeitraum:	2001 – 2008
Finanzierungszeitraum:	2001 - 2009
Finanzierungsplan:	
Finanzierung:	nicht gesichert

Kanal BA 14**- Fehlbetrag € 10.400,00****Allgemeine Beschreibung des Vorhabens**

Der Kanalbauabschnitt BA 14 umfasst die Anbindung der Ortschaft Au bei der Traun an die öffentliche Abwasserversorgung. Im Bereich der Ortschaft Au bei der Traun soll ein Freispiegelkanal bis zur Kreuzung Goliathberg errichtet werden. Die gesammelten Abwässer werden in einem Sonderbauwerk gesammelt und mittels eines Pumpwerkes in die bereits bestehende Ortskanalisation in der Boschstraße verfrachtet. Darüber hinaus soll auch die Ortschaft Lehen an die öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossen werden.

Bausumme	€ 1.832.000,00
Realisierungszeitraum:	2005 – 2009
Finanzierungszeitraum:	2005 - 2009
Finanzierungsplan:	
Finanzierung:	nicht gesichert

Kanal BA 16**+ Überschuss € 20.400,00****Allgemeine Beschreibung des Vorhabens**

Der Kanalbauabschnitt BA 16 beinhaltet die Bereiche Fliederstraße „Bauergründe“, die Kanalumlegungen Schule – Musikschule – Amtsgebäudezubau und die Verlängerung des bestehenden Kanals in der Hagenstraße bis auf ungefähre Höhe der Liegenschaft Gruber (Kreuzungsbereich) sowie die Anbindung der Ortschaft Lehen an den neu zu errichtenden Kanal Ba 12.

Diese Ergänzungen der Ortskanalisation wurden aufgrund der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes erforderlich und beinhalten in Summe ca. 1.020 lfm. Mischwasserkanäle, ca. 970 lfm. Schmutzwasserkanäle und ca. 480 lfm. Hausanschlusskanäle.

Bausumme	€ 465.000,00
Realisierungszeitraum:	2007– 2010
Finanzierungszeitraum:	2007 - 2010
Finanzierungsplan:	
Finanzierung:	nicht gesichert

Wohngebäude Kirchengasse 14**- Fehlbetrag € 148.800,00****Allgemeine Beschreibung des Vorhabens**

Beim gemeindeeigenen Wohn- und Geschäftsgebäude Kirchengasse 14 sind durch den Wegzug der Fa. Helten bzw. der Familie Hillinger und Frau Knoll diverse Räumlichkeiten frei geworden. Bevor jedoch ein Neubezug der Wohnung bzw. des Geschäftslokals durchgeführt wird, ist mit entsprechenden Baumaßnahmen zu rechnen. Die freien Kapazitäten sollen vorerst durch die provisorische Errichtung der Krabbelstube genutzt werden. Die Baumaßnahmen

sollen bis September 2009 zum Abschluss gebracht werden, um den Betrieb einer zweigruppigen Krabbelstube zu ermöglichen. Die Marktgemeinde Gunskirchen hat beim Amt der Oö. Landesregierung um Zuerkennung von Landeszuschüssen und Bedarfszuweisungsmittel angesucht.

Bausumme	€ 408.000,00
Realisierungszeitraum:	2007-2009
Finanzierungszeitraum:	2007- 2009
Finanzierungsplan:	
Finanzierung:	gesichert

Wohngebäude Schulstraße 9/11 - Fehlbetrag € 20.000,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die gemeindeeigenen Wohnhäuser Schulstraße 9 und 11 sollen saniert werden. Diesbezüglich treten immer wieder Schimmelbildungen an der Decke bzw. an den Außenecken der Gebäude auf. Nach Absprache des Schadensbildes mit einem Bauphysiker sollen die Glasfronten zu den Balkonen normgerecht erneuert und die Außenfassade an der Süd- und Ostseite mit einem Vollwärmeschutz versehen werden. Die Obergeschossdecke wird ebenfalls isoliert. Auch dieses Gebäude soll mit einer Schließanlage ausgestattet werden.

Bausumme	€ 53.000,00
Realisierungszeitraum:	2007 - 2009
Finanzierungszeitraum:	2007 - 2009
Finanzierungsplan:	
Finanzierung:	gesichert

Seniorenwohn- und Pflegeheim Um- und Zubau **ausgeglichen**

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Marktgemeinde Gunskirchen betreibt ein Seniorenwohn- und Pflegeheim mit 94 Betten. Von diesen 94 Betten werden 20 Zimmer als so genannte Zweitbettzimmer geführt. Das Amt der Oö. Landesregierung hat der Marktgemeinde Gunskirchen bescheidmäßig die Weiterführung der Zweitbettzimmer bis 31. Dez. 2012 gewährt. Der Um- und Zubau wird seitens des Amtes der Oö. Landesregierung in ihrer Prioritätenreihung erst im Finanzjahr 2011/2012 geführt. Im Finanzjahr 2009 sind vorerst keine weiteren Schritte geplant.

Bausumme	€ 2.100.000,00
Realisierungszeitraum:	2008 – 2015
Finanzierungszeitraum:	2008 - 2015
Finanzierungsplan:	
Finanzierung:	gesichert

Gemeindefriedhof Erweiterung - Fehlbetrag € 59.600,00

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Der Gemeindefriedhof ist bereits saniert. Die Sanierung des Friedhofgebäudes ist bautechnisch abgeschlossen. Es bedarf jedoch einer dringenden Erweiterung des Gemeindefriedhofes, um im Bedarfsfalle auch die entsprechenden Gräber zur Verfügung stellen zu können. Darüber hinaus sollen auch zusätzliche Parkplätze errichtet werden.

Bausumme	€ 647.200,00
Realisierungszeitraum:	2002 – 2006
Finanzierungszeitraum:	2002 - 2008
Finanzierungsplan:	

Finanzierung: **gesichert**

Kabel TV **ausgeglichen**

Allgemeine Beschreibung des Vorhabens

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat an die Fa. LIWEST Kabelmedien AG die gemeindeeigene Kabel TV Anlage verkauft. Der Verkaufserlös beträgt € 950.186,00 und soll aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 25. Sep. 2008 zweckgebunden verwendet werden. Dabei soll die 1. Rate für die Abdeckung bereits vorhandener Fehlbeträge, die 2. Rate zur vorzeitigen Darlehenstilgung und die 3. Rate für die Finanzierung eines neuen Vorhabens verwendet werden. Zur besseren Darstellung und Abgrenzung zum ordentlichen Haushalt wird der Verkaufserlös im außerordentlichen Haushalt abgewickelt.

Verkaufserlös	€ 950.186,00
Realisierungszeitraum:	2009 – 2011
Finanzierungszeitraum:	2009 - 2011
Finanzierungsplan:	
Finanzierung:	gesichert

Allgemeine Feststellungen:

Ordentlicher Haushalt 2009

Der ordentliche Haushalt 2009 konnte nur aufgrund diverser Maßnahmen ausgeglichen budgetiert werden und sieht Ausgaben/Einnahmen in der Höhe von € 15.226.200,-- vor. Die Kommunalsteuer als auch die Abgabenertragsanteile mussten aufgrund der Finanz- u. Wirtschaftskrise erheblich nach unten revidiert werden. Dabei wurde das Kommunalsteueraufkommen um € 327.600,-- und die Abgabenertragsanteile um € 301.600,-- gegenüber dem Voranschlag 2009 gesenkt.

Das sinkende Zinsniveau hat zur teilweisen Entspannung der finanziellen Situation der Marktgemeinde Gunskirchen beigetragen. Der Zinsendienst konnte gegenüber dem Voranschlag 2009 um € 150.600,-- gesenkt werden.

Durch den gestiegenen Bedarf an Mitarbeitern im Kindergarten (beitragsfreier Kindergartenbesuch) und der Einrichtung einer zusätzlichen Krabbelstube als auch Erfüllung des Pflege schlüssels im Seniorenwohn- u. Pflegeheim wurde die Erstellung des Nachtragsvoranschla ges 2009 durch steigende Personalkosten zusätzlich erschwert.

Aus den o.a. Gründen wurden durch die Finanzabteilung einmalige Maßnahmen gesetzt, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Im Bereich des Seniorenwohn- u. Pflegeheimes wurde bei den Ausgaben bereits im Finanzjahr 2008 die periodenreine Darstellung eingeführt. Die periodenreine Darstellung der Einnahmen soll im Finanzjahr 2009 folgen, sodass durch die Vereinnahmung der Entgelte des Monats Dezember 2009 (SOLL) dem Finanzjahr 2009 zugeordnet werden können. Dies bedeutet, dass im Finanzjahr 2009 dreizehn Monate – Dezember 2008 bis Dezember 2009 – zu veranschlagen waren. Eine Doppelbelastung der Heimbewohner (innen) kann aus diesen buchhalterischen Maßnahmen nicht abgeleitet werden. Außerdem ist in den Folgejahren gewährleistet, dass keine Mindereinnahmen eintreten. Dieser einmalige Einnahmeüberhang des Finanzjahres 2009 wird durch eine Gewinnentnahme in der Höhe € 221.100,-- in Abschnitt „8590 – Seniorenwohn- u. Pflegeheim“ ausgabenseitig dargestellt. In weiterer Folge wird diese Gewinnentnahmen in Abschnitt „9140 – Beteiligungen“ als Einnahme verrechnet.

Weiters sollen die in den letzten Jahren eingetreten Fehlbeträge, aufgrund einer Empfehlung von Herrn LR Josef Ackerl, den Sozialhilfeverbänden verrechnet werden. Aufgrund der OÖ.

Alten- u. Pflegeheimverordnung hat der Heimträger kostendeckende Entgelte zu verrechnen. Aufgrund dieser gesetzlichen Verpflichtung wird die Meinung vertreten, dass auch eine nachträgliche Verrechnung eventuell durchgeführt werden kann. Den Sozialhilfeverbänden werden somit insgesamt € 528.595,94 in Rechnung gestellt. Seitens der Finanzabteilung wird davon ausgegangen, dass eventuell nur ein Teilbetrag, aufgrund der zu führenden Verhandlungen auch tatsächlich vereinnahmt werden kann. Deshalb wurde ein Betrag in der Höhe von € 262.800,-- als Gewinnentnahme veranschlagt.

Außerordentlicher Haushalt:

Der außerordentliche Haushalt weist einen Fehlbetrag in der Höhe von € 2.382.900,00 auf. Dieser Fehlbetrag würde noch wesentlich höher ausfallen, wenn nicht ein Soll-Überschuss durch den Verkauf der Kabel-TV-Anlage in der Höhe von € 646.400,-- bestünde.

Die Vorhaben der Marktgemeinde Gunskirchen sind leider sehr ausgeüfert, sodass von einer Mittelfristigen Finanzplanung keineswegs mehr gesprochen werden kann. Die Investitionen unterliegen keiner geordneten Planung und werden meistens aus dem Tagesgeschäft heraus entwickelt. Dabei wird die Finanzierbarkeit komplett ignoriert und auch keinerlei Überlegungen angestellt, wie die Investitionskosten aufgebracht werden. Derzeit werden im außerordentlichen Haushalt 34 größere und kleinere Vorhaben mit Fehlbeträgen geführt. Der Ausfinanzierung dieser Vorhaben wird keinerlei Priorität beigemessen. Leider erledigen sich diese Fehlbeträge nicht von alleine.

Ebenfalls wird darauf verwiesen, dass durch die stetige hohe Auslastung der Kassenkredite durch die Finanzierung der Fehlbeträge des außerordentlichen Haushaltes ein enormer Zinsaufwand verbunden ist. Die Auslastung des Kassenkredites resultiert darin, dass es seit mehreren Jahren nicht mehr möglich ist, dem außerordentlichen Haushalt Anteilsbeträge des ordentlichen Haushalts zuzuführen. Die im außerordentlichen Haushalt aufscheinenden Fehlbeträge werden ausschließlich durch Inanspruchnahme des Kassenkredites finanziert. Im außerordentlichen Haushalt werden dzt. ca. 43 Vorhaben geführt und es können auch kleinere Vorhaben mit geringeren Fehlbeträgen nicht ausfinanziert werden.

Die Begehrlichkeiten und Wünsche sind auf das äußerste Minimum zu reduzieren und es ist an der Zeit, äußerste Sparsamkeit bei jeder Entscheidung zugrunde zu legen. Bevor neue Vorhaben begonnen werden, soll zuerst an der Ausfinanzierung der bereits durchgeführten Vorhaben gedacht werden. Weiters soll künftighin die Anzahl der neuen Vorhaben reduziert werden, um nicht die Finanzierbarkeit der einzelnen Vorhaben zu gefährden. Wird ein neues Vorhaben begonnen, so ist es unerlässlich auch eine Folgekostenberechnung und die Auswirkung auf den ordentlichen Haushalt abzubilden.

Der Nachtragsvoranschlag wurde gewissenhaft unter der Ausnützung gesetzlicher Vorgaben und Rahmenbedingungen erstellt.

Der Nachtragsvoranschlag 2009 wurde vom Finanzausschuss in seiner Sitzung am 15. Juni 2009 in der ursprünglichen Form mehrheitlich abgelehnt.

Die in der Minderheit gebliebenen Finanzausschussmitglieder stellten daher einen Minderheitsantrag an den Gemeinderat, den ursprünglichen Nachtragsvoranschlag 2009 zu beschließen.

Zwischenzeitlich wurde eine Erinnerung eingebracht, welche zu einer Änderung des Nachtragsvoranschlages 2009, welcher dem Finanzausschuss vorlag, geführt hat.

Wechselrede

Vbgm. Sturmair hält fest, dass es sich bei diesem Nachtragsvoranschlag lediglich um Kaschierungen von Zahlen handle und nicht um tatsächliche Einsparungen. Weiters sei er verwundert gewesen, dass das Projekt Sportzentrum abgesetzt wurde, jedoch konnte er auf Grund Intervention erzielen, dass dieses wieder in den Nachtragsvoranschlag 2009 aufgenommen wurde. Aus diesem Grund werde er seine Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt erteilen.

Antrag: (Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1. „Der Nachtragsvoranschlag des ordentlichen Haushaltes 2009 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.**
- 2. Der Nachtragsvoranschlag des außerordentlichen Haushaltes 2009 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.**
- 3. Die Steuerhebesätze für die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben bleiben für das Jahr 2009 unverändert.“**

Beschlussergebnis: 27 JA Stimmen (Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger, Vbgm. Josef Sturmair, GV Maximilian Feischl, GV Heinrich Sammer, GV Ingrid Mair, GR Siegfried Wambacher, GR Christine Pühringer, GR Simon Zepko, GR Mag. Peter Reinhofer, GR Dr. Franz Loizenbauer, GR Walter Olinger, GR Christoph Erwin Bachler, GR Franz Werndl, GR Michael Seiler, GR Karl Gruber, GR Johann Luttinger, GR Dr. Gustav Leitner, GR Klaus Hanis, GR Silvia Adami, GR Franz Hochholdt, GR Jürgen Weidinger, GR Josef Wimmer, GR Nicole Fillip, GR Mag. Hermann Mittermayr, GR Johann Egerer, GR Karl Habermann und GR Christine Neuwirth)

4 Stimmenthaltungen (GV Dr. Josef Kaiblinger, GR Arno Malik, GR Anna Kogler und GR Bernd Huber)

4. Kanal- und Wassergebühren; privatrechtliche Vereinbarung mit der Fa. Franz Oberndorfer GmbH. & Co, Lambacher Str. 14, 4623 Gunskirchen

Antrag: (Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger)

„Nachdem es bei diesem Tagesordnungspunkt um abgabenrechtliche Belange eines Abgabepflichtigen handelt wird der Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit im Sinne der Bestimmungen des § 53 Abs. 2 GemO 1990 i.d.g.F. gestellt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

5. Leopold Poppinger – Ankauf der Liegenschaften .96, 1146/1, 1148 und 1149, 1055/1 und 1056 jeweils KG 51235 Straß

Bericht: Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger

Leopold Poppinger ist Eigentümer folgender Liegenschaften:

Lambacher Straße 31 mit den Grundstücken:

Grundstück .96 im Ausmaß von 275 m²
Grundstück 1146/1 im Ausmaß von 629 m²
Grundstück 1148 im Ausmaß von 80 m²
Grundstück 1149 im Ausmaß von 324 m²

Alle diese Grundstücke befinden sich in der KG 51235 Straß und weisen eine Gesamtfläche von 1.308 m² auf.

Darüber hinaus ist Leopold Poppinger Eigentümer folgender derzeit als Grünland gewidmete Flächen:

Grundstück 1055/1 im Ausmaß von 2.069 m²
Grundstück 1056 im Ausmaß von 11.588 m²

Beide Liegenschaften befinden sich in der KG 51235 Straß und weisen eine Gesamtfläche von 13.627 m² auf.

Wie aus dem beiliegenden Lageplan (lt. Anlage) ersichtlich, handelt es sich bei den Flächen 1056 und 1055/1 um zwei Liegenschaften, welche unmittelbar an der B1 gelegen sind. Diese beiden Liegenschaften sind einerseits vom derzeit in Auftrag gegebenen Planungswettbewerb in Straß-Mitte umfasst und liegen daher im Bereich der zu errichtenden Dahlienstraße Süd. Die beiden Grundstücke eignen sich besonders gut für allfällige Grundeinbringungen für den Straßengrund und können mithelfen, eine entsprechende Grundarrondierung im Bereich der zukünftigen Dahlienstraße Süd zu ermöglichen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Leopold Poppinger besachwaltet ist, und derzeit im Betreuungszentrum Schloss Cumberland in Gmunden betreut wird. Mag. Karl Georg Holter, Maria Theresia Straße 4, 4600 Wels wurde als sein Sachwalter bestellt.

Nach Gesprächen mit dem Sachwalter, in welchen über einen allfälligen Verkauf der genannten Liegenschaften gesprochen wurde, wurde vom Bezirksgericht Gmunden, Marktplatz 1, 4810 Gmunden, Herr Günter Kaindlstorfer, 4600 Schleißheim mit der Erstellung eines Bewertungsgutachtens beauftragt. Dieses Bewertungsgutachten wurde am 30. Juli 2008 erstellt und ergab für die Liegenschaften Lambacher Straße 31 einen Schätzwert von € 61.000,00 bzw. für die Grundstücke 1055/1 und 1056 im Ausmaß von 13.627 m² einen Schätzwert von € 520.000,00.

Auf Grund dieses Schätzgutachtens wurden mit dem Sachwalter und dem Ersteller des Schätzgutachtens weitere Gespräche geführt, die zur Folge hatten, dass der Schätzwert der Grundstücke 1055/1 und 1056 auf € 450.000,00 korrigiert wurde. Die Gründe hierfür werden in einem gesonderten Gutachten dargelegt.

Von Seiten des Sachwalters wurde signalisiert, dass vom Pflugschaftsgericht in Gmunden grundsätzlich eine Zustimmung zu den Bedingungen eines Schätzgutachtens zu erwarten

ist, sofern neben den Grundstücken an der B1 auch die Liegenschaft Lambacher Straße 31 angekauft wird.

Wie oben erwähnt, können die besagten Liegenschaften an der B1 sehr hilfreich für die Grundeinbringung im Zuge der Errichtung der Dahlienstraße Süd sein, und ein Fortkommen bei allfälligen Grundarrondierungen sehr positiv beeinflussen. Zur Liegenschaft Lambacher Straße 31 ist zu sagen, dass zwar derzeit kein unmittelbarer Bedarf am Erwerb der Liegenschaft besteht, andererseits handelt es sich hierbei um eine Liegenschaft in Zentrumsnähe und auf Grund der Tatsache, dass von Seiten des Pflugschaftsgerichtes ein Verkauf in Bausch und Bogen angestrebt wird, sollte auch diese Liegenschaft durch die Marktgemeinde Gunskirchen entsprechend dem vorliegenden Schätzgutachten angekauft werden.

Vom Pflugschaftsgericht wurde Mag. Karl Georg Holter als Sachwalter mit der Abwicklung des Kaufvertrages beauftragt, wobei die hierfür entstehenden Kosten in Höhe von € 6.000,00 exkl. MwSt. durch die Marktgemeinde Gunskirchen zu tragen sind.

Der Vertrag bedarf einer pflugschaftsrichterlichen Genehmigung, welche durch den Sachwalter noch einzuholen ist.

Wechselrede

GV Dr. Josef Kaiblinger hält den Ankauf dieser Liegenschaft für notwendig, da ohnehin mehrere Grundstücksflächen für die Errichtung der Dahlienstraße benötigt werden. Er möge jedoch wissen, wie diese Fläche von 13.000 m² im Zusammenhang mit der Dahlienstraße stehe.

Bgm. Mag. Wolfesberger antwortet, dass bereits ein Plan über die Zusammenlegung der jeweiligen Grundstücksflächen erstellt wurde.

GR Malik fragt an, was mit den beiden Grundstücken im Bereich der Billa geschehe, außerdem würde ihn interessieren, ob für den Ankauf dieser Liegenschaften Rücklagen vorhanden sind.

Bgm. Mag. Wolfesberger antwortet, dass für das Projekt Dahlienstraße bereits diese Grundstücksankäufe mitbudgetiert wurden, dennoch werde die Finanzierung über Darlehen erfolgen. Weiters wird ergänzt, dass auf Grund dieses günstigen Grundstückspreises, sowie auf Wunsch der Sachwalterschaft von Herrn Poppinger die beiden Grundstücke im Bereich der Billa mit erworben werden. Außerdem sei auch bei Nichtbenötigung dieser Grundstücke ein Weiterverkauf möglich. Wodurch keine Verluste verzeichnet werden müssten.

Vbgm. Josef Sturmair bezeichnet diesen Ankauf ebenfalls als sinnvoll da es sich um einen besonders niedrigen Grundpreis handle. Außerdem sei dieser Ankauf eine Sicherstellung, sowie eine Verbesserung der Liquidität für Darlehensaufnahmen der Marktgemeinde Gunskirchen.

GR Dr. Loizenbauer fragt an, ob auf Grund der Sachwalterschaft auch das Bezirksgericht die Zustimmung erteilen werde.

AL Mag. Erwin Stürzlinger antwortet, dass auf Grund der Nachverhandlungen über den Kaufpreis dieser Liegenschaft noch keine dezidierte Zustimmung von Seiten des Bezirksgerichtes vorliege.

Antrag: (Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Durch die Marktgemeinde Gunskirchen wird die im Eigentum von Leopold Poppinger stehende Liegenschaft Lambacher Straße 31, mit den Grundstücken .96, 1146/1, 1148, 1149, 1055/1 sowie 1056, jeweils KG 51235 Straß, im Gesamtausmaß von 14.935 m,² zu einem Kaufpreis von € 511.000,-- angekauft und der vorliegende grundbuchsfähige Vertragsentwurf zum Beschluss erhoben.“

Beschlussergebnis: einstimmig

6. FF Fernreith – Zustimmung zum Ankauf eines MTF

Bericht: Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger

Die Freiwillige Feuerwehr Fernreith beabsichtigt den Ankauf eines Mannschaftstransporters. Die Anschaffungskosten betragen ca. € 30.000,-- bis € 35.000,--. Es wird beabsichtigt, den Mannschaftstransporter mit dem nötigen Feuerwehrequipment ausstatten zu lassen.

Von der Feuerwehr Fernreith wurden bereits 3 Angebote eingeholt:

1. Autohaus Greinecker, 4623 Gunskirchen	€ 30.500,00
2. Auto Günther GmbH., 4600 Wels	€ 30.653,70
3. Mercedes-Benz, Pappas, Linz	€ 31.097,76

Gemäß § 3 Abs. 3 Normverbrauchsabgabegesetz BGBl. Nr. 695/1991 i.d.g.F. sind Einsatzfahrzeuge der Feuerwehren von der Normverbrauchsabgabe dann befreit, wenn der begünstigte Verwendungszweck nachgewiesen wird. Das heißt, dass sich bei den o.a. Angeboten die Anschaffungskosten um die jeweilige NoVA noch reduzieren wird.

Die Finanzierung des Mannschaftstransporters erfolgt zur Gänze aus Eigenmittel der Freiwilligen Feuerwehr Fernreith.

Der Kommandant der FF Fernreith hat bei der Marktgemeinde Gunskirchen um Übernahme der Erhaltungskosten (Versicherung, Reparatur, usw.) für das Fahrzeug angesucht.

Zur Zeit liegen allerdings noch keine konkreten Daten über die Beschaffungskosten vor, so dass vorerst ein Grundsatzbeschluss gefasst werden soll, der die FF Fernreith in die Lage versetzt, die nötigen Schritte für den geplanten Ankauf zu setzen, um in weiterer Folge nach den Landtags-, Gemeinderats- u. Bürgermeisterwahlen die entsprechenden Beschlüsse herbeiführen zu können.

Antrag: (Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Grundsatzbeschluss

Die Marktgemeinde Gunskirchen stimmt grundsätzlich dem Ankauf eines Mannschaftstransporters durch die FF Fernreith zu. Weiters ist die Marktgemeinde Gunskirchen grundsätzlich bereit, die Erhaltungskosten für das Fahrzeug zu übernehmen. Die Finanzierung des Mannschaftstransporters erfolgt zur Gänze aus Eigenmittel der FF Fernreith.

Über den Beschaffungsvorgang sowie die Übernahme der Erhaltungskosten für das Fahrzeug durch die Marktgemeinde Gunskirchen ist ein gesonderter Beschluss des Gemeinderates herbeizuführen. “

Beschlussergebnis: einstimmig

**7. Umlegung Dahlienstraße im Bereich Fa. Oberndorfer –
grundbuchsfähige Tausch- und Servitutsverträge**

Wurde abgesetzt.

8. Umlegung Dahlienstraße – Gutschrift für Wasserbezug aus der öffentlichen Wasserleitung zur Bewässerung der zusätzlichen Gartenflächen für die Liegenschaften Ginsterweg 2-10

Wurde abgesetzt.

9. Einführung eines Jugendtaxi in der Marktgemeinde Gunskirchen

Bericht: GV Ingrid Mair

Nachdem angeregt wurde, in der Marktgemeinde Gunskirchen ein Jugendtaxi einzuführen, wurde mit verschiedenen Gemeinden Kontakt aufgenommen und wurden verschiedene Modelle begutachtet. Schlussendlich wurde das System einiger Mühlviertler Gemeinden, welche sich im Mühlviertler Granitland zusammengeschlossen haben, als am praktikabelsten empfunden. Dort wird wie folgt vorgegangen:

Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren haben die Möglichkeit dort unter folgenden Voraussetzungen Taxis günstig in Anspruch zu nehmen:

1. Der Jugendliche bestellt das Taxi.
2. Wenn der Jugendliche am gewünschten Ziel angelangt ist, bezahlt er vorher einmal dem Taxifahrer den gesamten Fahrpreis.
3. Der Fahrer gibt dem Jugendlichen den Fahrpreis in 1, 2, 3, 4 und 5 Euro-Bons zurück.
4. Mit diesen Bons geht der Jugendliche einmal im Monat zum Gemeindeamt, gibt die gesammelten Bons ab und bekommt dann direkt 50 % des „Bon-Wertes“ in bar ausbezahlt.

Angedacht ist, dass die Jugendlichen in einer Probephase von 1. Juli bis 31. Dezember einen Wert von insgesamt 40,-- € für diese Förderperiode erhalten können, was einem Taxifahrpreis-Wert von 80,-- € entspricht.

Von dieser Förderung sollten auch Studenten, Präsenz- und Zivildienstler profitieren können, sofern sie das Alter von 21 Jahren bereits überschritten haben.

Die Anzahl der Jugendlichen von 16 bis 21 Jahren beträgt derzeit in Gunskirchen 383.

Von Seiten des Landes Oberösterreich wurde in Aussicht gestellt, die Hälfte der an die Jugendlichen ausbezahlten Förderung an die Marktgemeinde Gunskirchen zu retournieren.

Für das Finanzjahr 2009 würde dies daher einen Finanzbedarf von ca. 7.600,-- bis 8.000,-- € bedeuten.

Bezüglich der Abwicklung mit dem Taxiunternehmer gibt es bereits einen Vereinbarungsentwurf der Mühlviertler Granitlandgemeinden, welcher als durchaus praktikabel erscheint und auch für die Marktgemeinde Gunskirchen übernommen werden soll.

Die Gunskirchner Taxiunternehmen, Herr Johann Ehmayr-Breitwieser, Gärnterstraße 4, 4623 Gunskirchen und Fa. Haslinger Taxi- u. Mietwagen GmbH., Thal 5, 4623 Gunskirchen, haben die Vertragsentwürfe nach einer Vorbesprechung bereits unterzeichnet.

Wechselrede

GR Malik fragt an, ob dieses Jugendtaxi von jedem Ort aus benützt werden kann, außerdem möge er wissen, ob es sich hierbei um eine Maximalförderung von € 40,00 je Halbjahr handelt.

AL Mag. Erwin Stürzlinger antwortet, dass eine Maximalförderung von € 40,00 je Halbjahr von der Marktgemeinde Gunskirchen ausbezahlt werde, hierbei werden in der Bürgerservicestelle sämtliche Aufzeichnungen mitgeführt.

Bgm. Mag. Wolfesberger informiert, dass diese Aktion bis Ende dieses Jahres seine Gültigkeit hat, danach kann jederzeit diskutiert werden, ob es auch für die kommenden Jahre sinnvoll sei, diese Aktion weiterzuführen.

GR Dr. Leitner begrüße ebenfalls die Einführung dieses Jugendtaxi, jedoch soll seiner Meinung nach im Antrag festgehalten werden, dass die Anregung von seitens der jungen ÖVP käme.

Zusatzantrag eingebracht von GR Habermann:

Er wolle den Antrag erweitern, dass auch ein Seniorentaxi eingeführt werden sollte.

Vbgrm. Josef Sturmair hält fest, dass er über diesen Zusatzantrag überrascht sei, da bereits im Jahr 2004 diesbezüglich mehrmals von Seiten der ÖVP-Fraktion eine solche Einführung angeregt wurde, dennoch sei er über den Sinneswandel der SPÖ-Fraktion erfreut.

GV Mair erklärt, dass ihr dieser Antrag bekannt sei, dennoch wäre wenig Rückmeldung von Seiten der Pensionisten beim Marktgemeindeamt Gunskirchen abgegeben worden.

GR Wambacher begrüße ebenfalls diese Initiative Jugendtaxi. Dennoch möge er festhalten, dass es sich hierbei nicht nur um Initiativen der ÖVP-Fraktion handle. Weiters hält er positiv fest, dass auch ein Zuschuss seitens des Landes OÖ. erfolgt. Im Bezug auf das Seniorentaxi möge er festhalten, dass bereits in der Vergangenheit mehrmals darüber in sämtlichen Beiräten diskutiert wurde, jedoch keine weiteren Schritte gemacht wurden. Dennoch halte er es für besonders positiv, dass diese Initiative sowohl für die Jugend als auch für die Senioren gelten solle.

GR Zepko informiert ebenfalls, dass es sich beim damaligen Antrag aus dem Jahr 2004 um reine Gunskirchner Fahrten gehandelt habe. Außerdem sei wie bereits erwähnt, wenig Rückmeldungen der Gunskirchner Bevölkerung abgegeben worden.

Vbgrm. Sturmair erklärt, dass es sich damals um eine Grundsatzfrage gehandelt habe, womit man die Bevölkerung eher zu Ortsfahrten bewegen hätte wollen. Und nicht eine Förderung für Ausfahrten außerhalb des Ortes gemacht werden sollte. Er begrüße die Maximalförderung von € 40,00 je Halbjahr.

GR Mag. Mittermayr fragt an, wie es um die finanzielle Situation stünde, da bereits im Ausschuss eine großzügige Lösung diskutiert wurde. Damals wurde festgehalten, dass auf Grund von finanziellen Gründen eine Obergrenze errichtet wurde.

Bgm. Mag. Wolfesberger erklärt, dass für die Einführung eines Seniorentaxis noch Vorbesprechungen abgehalten werden sollten. Außerdem müssten ohnehin Richtlinien ausgearbeitet werden. Es müsse daher eine Verweisung an den zuständigen Ausschuss erfolgen, wodurch danach eine Beschlussfassung erfolgen könne.

Vbgrm. Sturmair fügt hinzu, dass bereits ein Beitritt für das Verkehrskonzept erfolgt ist, wodurch er eine Doppelgleisigkeit im Bereich des Seniorentaxis ausschließen wolle.

Bgm. Mag. Wolfesberger fügt an, dass sich die zuständigen Ausschüsse über einen jeweiligen Grundsatzbeschluss beraten können. Die Verweisung an den zuständigen Ausschuss wurde mit einstimmiger Annahme angenommen.

GR Hochholdt fragt an, warum das Seniorentaxi nicht mit sofortiger Wirkung gleichlautend den Richtlinien für das Jugendtaxi eingeführt werden.

Bgm. Mag. Wolfesberger antwortet, dass sowohl die genaueren Richtlinien für das Seniorentaxi ausgearbeitet werden sollten.

Antrag: (GV Ingrid Mair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Für Jugendliche im Alter von 16 bis 21 Jahren sowie für Studenten, Präsenz- und Zivildienstler, sofern sie das 21. Lebensjahr bereits überschritten haben (mit Vorlage eines Ausweises bis max. 25 Jahren), und ihren Hauptwohnsitz in der Marktgemeinde Gunskirchen haben, wird ein Jugendtaxi entsprechend oben angeführten Bericht probeweise von 1. Juli bis 31. Dezember 2009 eingeführt. Mit den Gunskirchner Taxiunternehmen, Johann Ehmail-Breitwieser, Gärtnerstraße 4, 4623 Gunskirchen und der Fa. Haslinger Taxi- u. Mietwagen GmbH., Thal 5, 4623 Gunskirchen ist noch ein Vertrag (siehe Muster lt. Anlage) abzuschließen.“

Die Finanzierung wurde im Nachtragsvoranschlag unter der HHS 1/43901-6200 mit einem Betrag von € 8.000,-- vorgesehen.“

Beschlussergebnis: einstimmig

10. Krabbelstube der Marktgemeinde Gunskirchen

a) Überarbeitung der Krabbelstubenordnung

b) Überarbeitung der Krabbelstuben-Tarifordnung

GR Dr. Leitner ersucht, dass die Amtsvorträge der Tagesordnungspunkte 10, 11 und 12 zusammengefasst werden sollten und lediglich ein Antrag verlesen werden sollte.

Bericht: GV Ingrid Mair

Der OÖ. Landtag hat in seiner Sitzung am 2. April 2009 die OÖ. Kinderbetreuungsgesetz-Novelle 2009 beschlossen. Gegenständliche Novelle betrifft die Krabbelstubenordnung bzw. Krabbelstuben-Tarifordnung nur in einigen wenigen Punkten.

Die Novelle zum OÖ. Kinderbetreuungsgesetz enthält folgende wesentliche Neuerungen:

1. Beitragsfreiheit des Krabbelstubenbesuches ab dem vollendeten 30. Lebensmonats bis zum Schuleintritt
2. Kindergartenpflicht vom vollendeten 5. Lebensjahr bis zum Schuleintritt
3. Konkretisierung betreffend Aufnahme und Besuch
4. Anzeige bei Angebotsänderungen
5. Neuregelung der Bedarfserhebung
6. geänderte Finanzierung für Stützkräfte
7. neues Finanzierungssystem für Kindergärten

Seitens der Finanzabteilung werden in diesem Zusammenhang die o.a. wesentlichsten Neuerungen aufgrund der OÖ. Kinderbetreuungs-Novelle 2009 näher beschrieben:

1. Beitragsfreiheit des Krabbelstubenbesuches

Für alle Kinder ab dem vollendeten 30. Lebensmonat, die in Oberösterreich ihren Hauptwohnsitz haben, ist ab September 2009 der Besuch des Kindergartens und der Krabbelstube beitragsfrei. Daraus ergibt sich, dass für Kinder, die jünger als 30 Monate sind, Kinder die einen Schülerhort besuchen und Kinder, die über keinen Hauptwohnsitz in Oberösterreich verfügen, jedenfalls die Elternbeiträge zu entrichten sind.

2. Anzeigepflicht bei Angebotsänderungen

Unter Angebotsänderungen werden aufgrund der Bestimmungen des OÖ. Kinderbetreuungsgesetzes beispielhaft die Ausweitung der Öffnungszeiten, die Einführung eines Mittags- oder Ganztagsbetriebes oder die Errichtung einer zusätzlichen Gruppe angesehen. Die Marktgemeinde Gunskirchen als Rechtsträger des Krabbelstube hat jede kostenwirksame Änderung des Angebotes mindestens 1 Monat vor Durchführung der Maßnahme der Aufsichtsbehörde schriftlich anzuzeigen.

3. Bedarfserhebungen

Das OÖ. Kinderbetreuungsgesetz normiert, dass Gemeinden über 3.000 Einwohner alle 3 Jahre den zukünftigen Bedarf an Betreuungsplätzen zu erheben haben. Der Zeitpunkt der ersten Durchführung wird ab Inkrafttreten der Novelle gerechnet. Dies bedeutet, dass die Marktgemeinde Gunskirchen spätestens in der 1. Jahreshälfte 2012 eine Bedarfserhebung über den zukünftigen Bedarf durchzuführen hat.

4. Spezielle Bestimmungen

Die Finanzabteilung hat einen Entwurf einer Krabbelstubenordnung und Krabbelstuben-Tarifordnung ausgearbeitet und diesen wie folgt konzipiert:

Krabbelstubenordnung

Die Kernzeit wird jeweils von Montag bis Freitag von 7.30 bis 14.15 Uhr festgelegt.

In dieser Verordnung ist ebenfalls die Möglichkeit gegeben, einen Krabbelstubenplatz zu teilen. Die Krabbelstubenordnung sieht weiters vor, dass auch die Inanspruchnahme von weniger als 5 Besuchstagen möglich ist. Die Eltern können hierbei die Krabbelstube an 2 Tagen in Anspruch nehmen. Durch geschickte Koordination und Bereitschaft der Eltern von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, besteht die Möglichkeit weitere Kleinkinder in der Krabbelstube aufzunehmen, ohne dabei die Gruppenhöchstzahl zu überschreiten.

Die Aufnahme in die Krabbelstube wurde in großen Bereichen unverändert beibehalten. Neu ist lediglich die Bestimmung, dass die Aufnahme eines gemeindefremden Kindes von der Zustimmung zur Leistung eines Gastbeitrages abhängig gemacht wird. Dies bedeutet, dass bereits bei der Aufnahme die Eltern darauf aufmerksam zu machen sind, dass keine verbindliche Aufnahme erfolgt, sondern zuerst die Wohnsitzgemeinde schriftlich zu verständigen ist, ob eine Leistung des Gastbeitrages erfolgen wird. Die Marktgemeinde Gunskirchen hat mit der Wohnsitzgemeinde die Abklärung des Gastbeitrages durchzuführen.

Die Abmeldung während des Jahres wurde verändert, sodass speziell im Monat Juli ein Besuch der Krabbelstube für eine Woche zulässig ist. Darüber hinaus können die Erziehungsberechtigten das Kind vom Besuch der Krabbelstube zur Gänze abmelden oder das Kind den vollen Monat in der Krabbelstube belassen.

Tarifordnung

Die Berechnung des Elternbeitrages erfolgt grundsätzlich anhand der durch die Eltern (Erziehungsberechtigten) gewählten theoretischen Inanspruchnahme der Krabbelstube. Der Elternbeitrag beträgt 3,6 % vom beitragspflichtigen Monatseinkommen und es wird als Mindestbeitrag € 44,00 festgesetzt. Als Obergrenze wird ein Höchstbeitrag für den vormittägigen Besuch der Krabbelstube in der Höhe von € 152,00 festgesetzt. Für die Inanspruchnahme der Krabbelstube inklusive Mittagsbetreuung wird ein Aufschlag von 20 % verrechnet. Der Elternbeitrag wird aufgrund der geänderten Abmeldemodalitäten wiederum für 11 Monate berechnet.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben war es notwendig, bei der Ermittlung und Bewertung des Einkommens gewisse Passagen zu streichen. Dies betrifft vor allem den Abzug der Lohnsteuer und der anerkannten Werbungskosten vom Bruttobezug. Künftighin kann bei allen unselbständigen Erwerbstätigkeiten der Jahreslohnzettel als auch der Einkommenssteuerbescheid für die Berechnung herangezogen werden, da als Bemessungsgrundlage die Randziffer 210 „Bruttobezug“ herangezogen wird. Ebenfalls wurde eine Passage betreffend den Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit aufgenommen und kann im Großen und Ganzen ähnlich bewertet werden wie alle selbständig Erwerbstätigen.

Weitere Einzelheiten sind der beigefügten Krabbelstuben-Tarifordnung zu entnehmen.

Der Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie hat in seiner Sitzung am 8. Juni 2009 einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen, die Krabbelstubenordnung und Krabbelstuben-Tarifordnung zum Beschluss zu erheben.

Antrag: (GV Ingrid Mair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die vorliegende Krabbelstubenordnung wird zum Beschluss erhoben und mit 1. Sept. 2009 in Kraft gesetzt.

Die vorliegende Krabbelstuben-Tarifordnung wird zum Beschluss erhoben und mit 1. Sept. 2009 in Kraft gesetzt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

11. Kindergarten der Marktgemeinde Gunskirchen

a) Überarbeitung der Kindergartenordnung

b) Überarbeitung der Kindergarten-Tarifordnung

Bericht: GV Ingrid Mair

Der OÖ. Landtag hat in seiner Sitzung am 2. April 2009 die OÖ. Kinderbetreuungsgesetz-Novelle 2009 beschlossen. Die Bestimmungen über den beitragsfreien Besuch und Einführung einer allgemeinen Kindergartenpflicht als auch die Aufnahme in den Kindergarten und deren Widerruf treten mit 1. September 2009 in Kraft.

Die Novelle zum OÖ. Kinderbetreuungsgesetz enthält folgende wesentliche Neuerungen:

1. Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuches ab dem vollendeten 30. Lebensmonats bis zum Schuleintritt
2. Kindergartenpflicht vom vollendeten 5. Lebensjahr bis zum Schuleintritt
3. Konkretisierung betreffend Aufnahme und Besuch
4. Anzeige bei Angebotsänderungen
5. Neuregelung der Bedarfserhebung
6. geänderte Finanzierung für Stützkräfte
7. neues Finanzierungssystem für Kindergärten

Seitens der Finanzabteilung werden in diesem Zusammenhang die o.a. wesentlichsten Neuerungen aufgrund der OÖ. Kinderbetreuungs-Novelle 2009 näher beschrieben:

1. Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuches

Für alle Kinder ab dem vollendeten 30. Lebensmonat, die in Oberösterreich ihren Hauptwohnsitz haben, ist ab September 2009 der Besuch des Kindergartens und der Krabbelstube beitragsfrei. Daraus ergibt sich, dass für Kinder, die jünger als 30 Monate sind, Kinder die einen Schülerhort besuchen und Kinder, die über keinen Hauptwohnsitz in Oberösterreich verfügen, jedenfalls die Elternbeiträge zu entrichten sind.

2. Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr – allgemeine Kindergartenpflicht

Jedes Kind muss ein Jahr vor Schuleintritt den Kindergarten regelmäßig besuchen. Der Besuch des Kindergartens ist an 5 Wochentagen und insgesamt 20 Wochenstunden gesetzlich vorgeschrieben und zur Erfüllung des Bildungsauftrages erforderlich. Die Erfüllung dieser Kindergartenpflicht ist auch aufgrund einer bewilligten Sonderform gemäß § 23 des OÖ. Kinderbetreuungsgesetzes möglich, wenn die gleichen pädagogischen Standards, wie in Kindergärten nach dem OÖ. Kinderbetreuungsgesetz eingehalten werden. Die Novelle sieht jedoch keine verwaltungsstrafrechtlichen Sanktionen im Falle der Verletzung der Kindergartenpflicht vor.

3. Aufnahme/Besuch

3.1 Aufnahme in den Kindergarten

Die Marktgemeinde Gunskirchen als Hauptwohnsitzgemeinde des jeweiligen Kindes hat sicherzustellen, dass kindergartenpflichtige Kinder einen Platz erhalten, ohne dass jüngere Kinder, die nicht kindergartenpflichtig sind, aber den Kindergarten bereits besuchen, abgemeldet werden müssen. Sollte die Marktgemeinde Gunskirchen den Bedarf nicht abdecken können, sind dabei auch gemeindeübergreifende Lösungen in Erwägung zu ziehen. Die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten haben keinen Anspruch auf einen Platz im so genannten Wunschkindergarten.

3.2 Regelmäßigkeit des Besuches

Grundsätzlich sollen die Kinder den Kindergarten an 5 Tagen in der Woche besuchen. Der Kindergarten der Marktgemeinde Gunskirchen hat ihre Aufgabenerfüllung gemäß § 12 Abs. 2 OÖ. Kinderbetreuungsgesetz dann gesichert, wenn der Besuch der angemeldeten Kinder regelmäßig an mindestens 3 Tagen in der Woche erfolgt. Von dieser Bestimmung sind nur jene Kinder ausgenommen, für die das verpflichtende Kindergartenjahr gilt.

4. Anzeigepflicht bei Angebotsänderungen

Unter Angebotsänderungen werden aufgrund der Bestimmungen des OÖ. Kinderbetreuungsgesetzes beispielhaft die Ausweitung der Öffnungszeiten, die Einführung eines Mittags- oder Ganztagsbetriebes oder die Errichtung einer zusätzlichen Gruppe angesehen. Die Marktgemeinde Gunskirchen als Rechtsträger des Kindergartens hat jede kostenwirksame Änderung des Angebotes mindestens 1 Monat vor Durchführung der Maßnahme der Aufsichtsbehörde schriftlich anzuzeigen.

5. Bedarfserhebungen

Das OÖ. Kinderbetreuungsgesetz normiert, dass Gemeinden über 3.000 Einwohner alle 3 Jahre den zukünftigen Bedarf an Betreuungsplätzen zu erheben haben. Der Zeitpunkt der ersten Durchführung wird ab Inkrafttreten der Novelle gerechnet. Dies bedeutet, dass die Marktgemeinde Gunskirchen spätestens in der 1. Jahreshälfte 2012 eine Bedarfserhebung über den zukünftigen Bedarf durchzuführen hat.

6. Stützkräfte

Der Kostenersatz für Stützkräfte beträgt ab dem Finanzjahr 2009 € 15,12.

7. Finanzierung

Durch das Inkrafttreten der OÖ. Kinderbetreuungsgesetz-Novelle 2009 wurde auch die Finanzierung des beitragsfreien Kindergartens geregelt. In diesem Zusammenhang wird der Elternbeitrag des Finanzjahres 2008 um 4 % erhöht und wird durch das Amt der OÖ. Landesregierung in Form eines Landesbeitrages zur Verfügung gestellt. Für alle zusätzlichen neu errichteten Kindergartengruppen gilt, dass eine extra Abrechnung betreffend Personalkostenersatz durchzuführen ist.

8. Spezielle Bestimmungen

Die Finanzabteilung hat einen Entwurf einer Kindergartenordnung und einer Kindergarten-Tarifordnung und diesen wie folgt konzipiert:

Kindergartenordnung

Die Öffnungszeiten gliedern sich in eine Kernzeit und eine Randzeit. Die Kernzeit wird jeweils von Montag bis Freitag von 7.30 bis 16.00 Uhr festgelegt. Die Randzeit des Kindergartens wird jeweils von Montag bis Freitag von 6.45 Uhr bis 7.30 Uhr festgelegt. Innerhalb der Kernzeit können die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten 3 verschiedene Besuchszeiten wählen. Die durch die Eltern gewählte Inanspruchnahme der Kernzeit wird so verstanden, dass auf die theoretische Besuchszeit abgestellt wird.

In dieser Verordnung ist ebenfalls die Möglichkeit gegeben, einen Kindergartenplatz zu teilen.

Die Kindergartenordnung sieht vor, dass kindergartenpflichtige Kinder einen Platz erhalten, ohne dass jüngere Kinder, die bereits den Kindergarten besuchen, abgemeldet werden müssen.

Weiters wird die Aufnahme eines gemeindefremden Kindes von der Zustimmung zur Leistung eines Gastbeitrages durch die Hauptwohnsitzgemeinde des Kindes abhängig gemacht. Dies bedeutet, dass bereits bei der Aufnahme die Eltern darauf aufmerksam zu machen sind, dass keine verbindliche Aufnahme erfolgt, sondern zuerst die Wohnsitzgemeinde schriftlich zu verständigen ist, ob eine Leistung des Gastbeitrages erfolgen wird. Die Marktgemeinde Gunskirchen hat mit der Wohnsitzgemeinde die Abklärung des Gastbeitrages durchzuführen.

Die Abmeldung während des Jahres wurde so konzipiert, sodass speziell im Monat Juli ein Besuch des Kinderartens für eine Woche zulässig ist. Darüber hinaus können die Erziehungsberechtigten das Kind vom Besuch des Kindergartens zur Gänze abmelden oder das Kind den vollen Monat im Kindergarten belassen.

Tarifordnung (gilt nur in besonderen Fällen - „Beitragsfreiheit“)

Die Berechnung des Elternbeitrages erfolgt grundsätzlich anhand der durch die Eltern (Erziehungsberechtigten) gewählten theoretischen Inanspruchnahme des Kindergartens. Der Elternbeitrag beträgt 3 % vom beitragspflichtigen Monatseinkommen und es wird als Mindestbeitrag € 37,00 festgesetzt. Als Obergrenze wird ein Höchstbeitrag für den vormittägigen Besuch des Kindergartens in der Höhe von € 91,00 festgesetzt. Für die Inanspruchnahme des Kindergartens inklusive Mittagsbetreuung wird ein Aufschlag von 20 % und für die ganztägige Betreuung ein Aufschlag von 40 % verrechnet. Der Elternbeitrag wird aufgrund der geänderten Abmeldemodalitäten wiederum für 11 Monate berechnet.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben war es notwendig, bei der Ermittlung und Bewertung des Einkommens gewisse Passagen zu streichen. Dies betrifft vor allem den Abzug der Lohnsteuer und der anerkannten Werbungskosten vom Bruttobezug. Künftighin kann bei allen unselbständigen Erwerbstätigkeiten der Jahreslohnzettel als auch der Einkommenssteuerbescheid für die Berechnung herangezogen werden, da als Bemessungsgrundlage die Randziffer 210 „Bruttobezug“ herangezogen wird. Ebenfalls wurde eine Passage betreffend den Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit aufgenommen und kann im Großen und Ganzen ähnlich bewertet werden wie alle selbständig Erwerbstätigen.

Weitere Einzelheiten sind der beigefügten Kindergarten-Tarifordnung zu entnehmen.

Der Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie hat in seiner Sitzung am 8. Juni 2009 einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen, die Kindergartenordnung und Kindergarten-Tarifordnung zum Beschluss zu erheben.

Antrag: (GV Ingrid Mair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die vorliegende Kindergartenordnung wird zum Beschluss erhoben und mit 1. Sept. 2009 in Kraft gesetzt.

Die vorliegende Kindergarten-Tarifordnung wird zum Beschluss erhoben und mit 1. Sept. 2009 in Kraft gesetzt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

12. Schülerhort der Marktgemeinde Gunskirchen

a) Überarbeitung der Schülerhortordnung

b) Überarbeitung der Schülerhort-Tarifordnung

Bericht: GV Ingrid Mair

Der OÖ. Landtag hat in seiner Sitzung am 2. April 2009 die OÖ. Kinderbetreuungsgesetz-Novelle 2009 beschlossen. Gegenständliche Novelle betrifft die Schülerhortordnung bzw. Schülerhort-Tarifordnung nur in einigen wenigen Punkten.

Die Novelle zum OÖ. Kinderbetreuungsgesetz enthält folgende wesentliche Neuerungen:

1. Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuches ab dem vollendeten 30. Lebensmonats bis zum Schuleintritt
2. Kindergartenpflicht vom vollendeten 5. Lebensjahr bis zum Schuleintritt
3. Konkretisierung betreffend Aufnahme und Besuch
4. Anzeige bei Angebotsänderungen
5. Neuregelung der Bedarfserhebung
6. geänderte Finanzierung für Stützkräfte
7. neues Finanzierungssystem für Kindergärten

Seitens der Finanzabteilung werden in diesem Zusammenhang die o.a. wesentlichsten Neuerungen aufgrund der OÖ. Kinderbetreuungs-Novelle 2009 näher beschrieben:

1. Anzeigepflicht bei Angebotsänderungen

Unter Angebotsänderungen werden aufgrund der Bestimmungen des OÖ. Kinderbetreuungsgesetzes beispielhaft die Ausweitung der Öffnungszeiten, die Einführung eines Mittags- oder Ganztagsbetriebes oder die Errichtung einer zusätzlichen Gruppe angesehen. Die Marktgemeinde Gunskirchen als Rechtsträger des Schülerhortes hat jede kostenwirksame Änderung des Angebotes mindestens 1 Monat vor Durchführung der Maßnahme der Aufsichtsbehörde schriftlich anzuzeigen.

2. Bedarfserhebungen

Das OÖ. Kinderbetreuungsgesetz normiert, dass Gemeinden über 3.000 Einwohner alle 3 Jahre den zukünftigen Bedarf an Betreuungsplätzen zu erheben haben. Der Zeitpunkt der ersten Durchführung wird ab Inkrafttreten der Novelle gerechnet. Dies bedeutet, dass die Marktgemeinde Gunskirchen spätestens in der 1. Jahreshälfte 2012 eine Bedarfserhebung über den zukünftigen Bedarf durchzuführen hat.

3. Spezielle Bestimmungen

Die Finanzabteilung hat einen Entwurf einer Schülerhortordnung und Schülerhort-Tarifordnung ausgearbeitet und diesen wie folgt konzipiert:

Schülerhortordnung

Die Öffnungszeiten gliedern sich in eine Kernzeit und eine Randzeit. Die Kernzeit wird jeweils von Montag bis Freitag von 11.30 bis 17.00 Uhr festgelegt. Die Randzeit des Schülerhortes wird jeweils von Montag bis Freitag von 11.00 Uhr bis 11.30 Uhr und von 17.00 Uhr bis 17.30 Uhr festgelegt. Innerhalb der Kernzeit können die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten 2 verschiedene Besuchszeiten wählen. Die durch die Eltern gewählte Inanspruchnahme der Kernzeit wird so verstanden, dass auf die theoretische Besuchszeit abgestellt wird.

In dieser Verordnung ist ebenfalls die Möglichkeit gegeben, einen Schülerhortplatz zu teilen.

Die Aufnahme in den Schülerhort wurde in großen Bereichen unverändert beibehalten. Neu ist lediglich die Bestimmung, dass die Aufnahme eines gemeindefremden Kindes von der Zustimmung zur Leistung eines Gastbeitrages abhängig gemacht wird. Dies bedeutet, dass bereits bei der Aufnahme die Eltern darauf aufmerksam zu machen sind, dass keine verbindliche Aufnahme erfolgt, sondern zuerst die Wohnsitzgemeinde schriftlich zu verständigen ist, ob eine Leistung des Gastbeitrages erfolgen wird. Die Marktgemeinde Gunskirchen hat mit der Wohnsitzgemeinde die Abklärung des Gastbeitrages durchzuführen.

Die Abmeldung während des Jahres wurde verändert, sodass speziell im Monat Juli ein Besuch des Schülerhortes für eine Woche zulässig ist. Darüber hinaus können die Erziehungsberechtigten das Kind vom Besuch des Schülerhortes zur Gänze abmelden oder das Kind den vollen Monat im Schülerhort belassen.

Tarifordnung

Die Berechnung des Elternbeitrages erfolgt grundsätzlich anhand der durch die Eltern (Erziehungsberechtigten) gewählten theoretischen Inanspruchnahme des Schülerhortes. Der Elternbeitrag beträgt 3 % vom beitragspflichtigen Monatseinkommen und es wird als Mindestbeitrag € 37,00 festgesetzt. Als Obergrenze wird ein Höchstbeitrag für den vormittägigen Besuch des Schülerhortes in der Höhe von € 91,00 festgesetzt. Für die Inanspruchnahme des Schülerhortes über die Mindestöffnungszeiten hinaus wird ein Aufschlag von 20 % verrechnet. Der Elternbeitrag wird aufgrund der geänderten Abmeldemodalitäten wiederum für 11 Monate berechnet.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben war es notwendig, bei der Ermittlung und Bewertung des Einkommens gewisse Passagen zu streichen. Dies betrifft vor allem den Abzug der Lohnsteuer und der anerkannten Werbungskosten vom Bruttoeinkommen. Künftighin kann bei allen unselbständigen Erwerbstätigkeiten der Jahreslohnzettel als auch der Einkommenssteuerbescheid für die Berechnung herangezogen werden, da als Bemessungsgrundlage die Randziffer 210 „Bruttoeinkommen“ herangezogen wird. Ebenfalls wurde eine Passage betreffend den Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit aufgenommen und kann im Großen und Ganzen ähnlich bewertet werden wie alle selbständig Erwerbstätigen.

Weitere Einzelheiten sind der beigefügten Schülerhort-Tarifordnung zu entnehmen.

Der Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie hat in seiner Sitzung am 8. Juni 2009 einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen, die Schülerhortordnung und Schülerhort-Tarifordnung zum Beschluss zu erheben.

Antrag: (GV Ingrid Mair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die vorliegende Schülerhortordnung wird zum Beschluss erhoben und mit 1. Sept. 2009 in Kraft gesetzt.

Die vorliegende Schülerhort-Tarifordnung wird zum Beschluss erhoben und mit 1. Sept. 2009 in Kraft gesetzt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

GR Dr. Leitner ersucht, dass die Amtsvorträge zusammengefasst werden sollten und lediglich ein Antrag verlesen werden sollte.

13. Städtebaulicher Wettbewerb – Straß Mitte; Genehmigung der Ausschreibungsunterlagen

Bericht: Vbgm. Friedrich Nagl

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 28. April dieses Jahres die Durchführung eines geladenen städtebaulichen Architektenwettbewerbes für das Gebiet Straß-Mitte beschlossen.

Entsprechend dieses Beschlusses und unter Berücksichtigung der Ausdehnung des Wettbewerbsareals wurden in zwei gemeinsamen Sitzungen des Bau- und Raumordnungsausschusses die Ausschreibungsunterlagen, unter der Leitung von Architekt Pitschmann, welcher mit der Organisation und Abwicklung beauftragt ist, erstellt.

Derzeit liegt eine dritte Fassung mit Datum 19.06.2009, lt. Anlage, vor.

Die wesentlichen Punkte der Ausschreibungsunterlagen sind

A. ALLGEMEINER TEIL

A.3.1 TEILNEHMERBERECHTIGUNG (Seite 4)

Hier ist der Vorschlag, auch in Bezug auf den Umfang der Preisgelder bzw. Dotierung des Wettbewerbs, dass maximal 6 Teilnehmer eingeladen werden sollen. Insgesamt umfasst die Liste lt. Anlage derzeit 10 mögliche bzw. potentielle Teilnehmer.

Die Teilnehmer wurden gereiht. Fällt ein Teilnehmer von den an 1. bis 6. Stelle gereihten aus rückt automatisch der nächstgereichte nach. Ein Teilnehmer wurde zwischenzeitlich schon nachgereiht.

A. 5 TERMINE (Seite 6)

Der Terminvorschlag ist nun so, dass die Unterlagen bis Ende Juli ausgegeben werden und die Abgabe der Unterlagen bis Anfang Oktober erfolgen soll. Das Preisgericht soll voraussichtlich Mitte November stattfinden. Im Detail wird auf die Ausführungen unter Pkt. 5 verwiesen.

A. 7 PREISGERICHT (Seite 8 u.9)

Das Preisgericht setzt sich aus den Sachpreisrichtern, den Fachpreisrichtern sowie deren Ersätze und beratende Mitglieder zusammen. Ein entsprechender Vorschlag findet sich auf den Seiten 8 bis 9.

A. 9 GEWINNER, VERGÜTUNG (Seite 10)

Für die Wettbewerbsarbeiten ist eine Aufwandsentschädigung von gesamt € 21.000,-- exkl. MWSt. vorgesehen. Diese Summe wird auf die Teilnehmer aufgeteilt und erhält jeder der 6 Teilnehmer eine Aufwandsentschädigung von € 3.500,-- exkl. MWSt.. Sollten weniger als 6 Projekte eingereicht werden, so teilt sich die Aufwandsentschädigung auf die übrigen Teilnehmer auf. Zusätzlich zur Aufwandsentschädigung soll der Gewinner des 1. Ranges einen Betrag von € 4.000,-- exkl. MWSt. erhalten.

Die Gesamtdotation des Wettbewerbes beträgt somit € 25.000,-- exkl. MWSt. bzw. € 30.000,-- inkl. MWSt. Aufwandsentschädigung und Preisgeld für den Gewinner kommen bei weiterführenden Planungsaufträgen zur Anrechnung.

A.10 ABSICHTSERKLÄRUNG DES AUFTRAGGEBERS (Seite 10)

A.10.1

Dies betrifft die Absicht nach Abschluss des Wettbewerbsergebnisses weitere Planungen - unter gewissen Voraussetzungen - in Auftrag zu geben. Ein Rechtsanspruch auf einen Auftrag besteht nicht.

B. BESONDERER TEIL (Seite 11 und 12)

In diesem Teil wird besonders auf die Ausführungen in den Punkten B.1.1 EINZUHALTENDE RICHTLINIEN, B.2.1 BEBAUUNGSBESTIMMUNGEN, B.2.3 ERSCHLIESSUNGSRICHTLINIEN und B.2.4 ENERGETISCHE ASPEKTE, GEBÄUDETECHNIK (Seite 11 und 12) sowie auf den Punkt B.4 BEURTEILUNGSKRITERIEN (Seite 14 und 15) verwiesen.

C. AUFGABENSTELLUNG (Seite 16 – 20)

In diesem Kapitel wird im Besonderen auf die Ausführungen unter Pkt. C.1. WETTBEWERBSAREAL, Pkt. C.2. ERSCHLIESSUNG, Pkt. C.3. INFRASTRUKTUR, Pkt. C.4. PLANUNGSAUFGABE, Pkt. C.5. RAUM- UND FLÄCHENPROGRAMM und Pkt. C.6. FUNKTIONELLE ANFORDERUNGEN (Seite 16 – 20) hingewiesen.

Beim Kapitel C.4. „Planungsaufgabe“ (Seite 18) wurden gegenüber der Letztfassung die Etappen noch konkretisiert und auch vorgegeben, dass der neue Kindergartenstandort innerhalb der ersten Etappe einzuplanen ist. (siehe Lageplan gelb gefärbelt).

D. BEILAGEN

Als Beilagen sollen folgende Unterlagen dienen, welche zum Teil noch bearbeitet werden:

- D.1 LAGE DES WETTBEWERBSAREALS IM ORTSGEBIET
- D.2 ABGRENZUNG DES WETTBEWERBSGEBIETES
- D.3 AUSSCHNITT AUS DEM FLAECHEWIDMUNGSPLAN UND DEM ÖEK
- D.4 LAGE- UND HOEHENPLAN
- D.5 ORTHOFOTO
- D.6 FOTODOKUMENTATION
- D.7 ANGABEN ZUR MODELLBAUPLATTE UND ZUM MODELL
- D.8 FLAECHEWIDMUNGSPLAN
- D.9 VERFASSERBRIEF
- D.10 LAGEPLAN DAHLIENSTRASSE ENTWURF TRASSENFÜHRUNG
- D. 11 **Lärmschutzprojekt** Büro TAS Sachverständigenbüro für technische Akustik SV-GmbH, GZ: 06A0098T vom 16 04 2008)
- D. 12 **Bebauungsplan Konzept Nr. 40 Gärtnerstraße** vom 31.07.1997 (Entwurfsversion)

Die vorliegende 3. Fassung der Wettbewerbsunterlagen soll nun vom Gemeinderat grundsätzlich genehmigt werden. Details sollen allenfalls noch ergänzt werden können.

Aus Sicht des Amtes sollte auch eine Vorbehaltsfläche für einen weiteren Volksschulstandort, zumindest als Variante, eingeplant werden. Sollte in 20 bis 30 Jahren ein derartiger Bedarf eintreten, so sollte dieser Standort sinnvoller Weise im Nahbereich des neuen Kindergartenstandortes sein. Wird diese Fläche nicht benötigt, so kann sie immer noch für einen Wohnbau freigegeben werden.

Betreffend Erweiterung des Wettbewerbsareals ergibt sich bei Architekt Pitschmann, welcher die Organisationsabwicklung des Wettbewerbes durchführt, keine wesentliche Änderung für Honorar und Nebenkosten gegenüber dem Auftrag.

Hinsichtlich Aufwandsentschädigung und Preisgeld kommt die Vergrößerung des Wettbewerbsareals schon zum Tragen, zumal sich die Fläche vervierfacht hat (von 4,1 ha auf ca. 16,5 ha).

Die Finanzierung des Honorars für Wettbewerbsdurchführung als auch für die Preisgelder ist im Nachtrag 2009 eingeplant.

Wechselrede

GR Luttinger fragt an, ob bereits mit den betreffenden Grundstückseigentümern über den Verkauf dieser Liegenschaften gesprochen wurde.

Bgm. Mag. Wolfesberger antwortet, dass bereits ein Gesprächstermin mit den Grundstückseigentümern vereinbart wurde, weiters wird festgehalten, dass auf Grund dieses städtebaulichen Wettbewerbes ein neuer Bebauungsplan erstellt wird.

Vbgm. Josef Sturmair hält fest, dass dieser Amtsvortrag anders als vereinbart, erstellt wurde. Er hält es nicht für sinnvoll, dass in diesem Amtsvortrag mehrmals verschiedene Bauetappen erwähnt werden, aus diesem Grund sei seiner Meinung nach für den Architekten keine Freiplanung möglich, da bereits der Kindergarten nur in einem bestimmten Bereich errichtet werden könne. Außerdem stelle er die Sinnhaftigkeit eines Architektenwettbewerbes daher in Frage.

GR Dr. Leitner stimmt Vbgm. Sturmair vollinhaltlich zu und fügt hinzu, dass diese angesprochenen Themen in den jeweiligen Ausschüssen nicht Inhalt waren. Er halte es für sinnvoll, dass eine Planung für das gesamte Gebiet erfolgen solle und nicht in einzelnen Bauetappen. Außerdem sollte man ins Auge fassen, dass für die Zukunft geplant werden solle, um nicht etwaige Planungsfehler die in der Vergangenheit öfters vorgekommen sind, wiederum erfolgen. Weiters hält er es für unangebracht, dass im Amtsvortrag über eine nicht Notwendigkeit von alternativen Heizanlagen gesprochen werde. Immerhin wäre gerade jetzt der richtige Zeitpunkt eine Planung von Alternativen Heizungsanlagen vorzusehen.

Bgm. Wolfesberger antwortet, dass in der dritten Fassung dieses Amtsvortrages bereits alternativ Heizungen vorgesehen sind. Weiters wird ausgeführt, dass die Bauetappen deshalb vorgesehen wurden, da es sich um ein großzügiges Planungsgebiet handle und der Kindergarten in diesem Bereich auf Grund infrastrukturelle Maßnahmen im Bereich der Straße vorgesehen werden sollte. Immerhin sei die Errichtung des Kindergartens 1. Priorität.

GV Feischl befindet, dass eine Einschränkung Grund der einzelnen Bauetappen für die Errichtung des Kindergartens nicht sinnvoll wäre, da bereits in den jeweiligen Ausschüssen der Verlauf der Dahlienstraße offen gelassen wurde.

Bgm. Wolfesberger antwortet, dass die vorgesehene Fläche für die Errichtung des Kindergartens sehr wohl erweitert wurde. Aus diesem Grund wären ohnehin größere Flächen für die Planung von Seitens der jeweiligen Architekten vorhanden. Außerdem wäre es auf Grund der angespannten finanziellen Situation der Marktgemeinde Gunskirchen nicht sinnvoll, wenn der Kindergarten inmitten eines Grundstückes ohne jegliche Straßenanbindung vorgesehen werde.

AL Mag. Stürzlinger fügt an, dass es sehr wohl sinnvoll sei, wenn der Kindergarten im vorgesehenen Bereich errichtet werde, immerhin sollte der ehest mögliche Zeitpunkt für die Errichtung des Kindergartens erfolgen.

GV Feischl fragt an, ob es sein könne, dass auf Grund der ersten Bauetappe auch die Errichtung der Dahlienstraße vor dem Projekt Kindergarten erfolgen könne.

Bgm. Mag. Wolfesberger hält fest, dass die Errichtung eines Sport- und Freizeitzentrums in den nächsten 2 Jahren nicht realisierbar sei.

Vbmg. Josef Sturmair befindet, dass es viel schwieriger sei, die jeweiligen Gründe zu erhalten als eine Straße im Vorfeld zu errichten. Daher halte er es nicht für sinnvoll, dass der Kindergarten auf einem Grund vorgesehen wird, der ohnehin nicht im Besitz der Marktgemeinde Gunskirchen stehe.

AL Mag. Stürzlinger hält fest, dass nach Errichtung der Dahlienstraße die jeweiligen Grundstücke an Wert verlieren, daher sei es seiner Meinung nach sinnvoller, wenn die Grundstücke im Vorfeld erworben werden könnten. Somit könne dem Grundbesitzer die eigene Parzellierung erspart werden.

GR Dr. Leitner erklärt, dass eine zukunftsprächige Planung erreicht werden solle. Straße, Kindergarten, mehrgeschossiger Wohnbau soll daher vereint werden.

Es soll ein Gesamtprojekt umgesetzt werden.

Bgm. Mag. Wolfesberger hält fest, dass der gemeindeeigene Kindergarten bereits aus allen Nähten platze. Aus diesem Grund sei es von oberster Priorität, die Errichtung eines Kindergartens ehest möglich umzusetzen. Nunmehr sollte bereits im Vorfeld eine Errichtung dieses Kindergartens bei einer bereits vorhandenen öffentlichen Straße ins Auge gefasst werden, um zu vermeiden, damit noch mehrere Planungen für eine endgültige Errichtung dieses Kindergartens notwendig seien.

Vbmg. Sturmair hält es dennoch für besser, wenn im Antrag eine Vorgabe für die vorzügliche Errichtung des Kindergartens angeführt werden sollte.

Bgm. Mag. Wolfesberger antwortet, dass die Vorgabe ohnehin in Form der Unterteilung in Bauetappen gegeben wurde. Um eine schnellere Realisierung dieses Projektes Kindergarten zu erzielen.

GR Mag. Mittermayr fragt an, wann die letzten Gespräche im Bezug auf Grundstücksverkauf mit den jeweiligen Grundstückseigentümern geführt wurden.

Bgm. Mag. Wolfesberger antwortet, dass ihrerseits noch nicht mit den jeweiligen Grundstückseigentümern gesprochen wurde, jedoch ein Termin bereits für 07. Juli 2009 vorgesehen sei. Danach wird ihnen dieses Projekt präsentiert.

GR Mag. Mittermayr fragt an, ob Frau Bgm. Mag. Wolfesberger ausschließen könne, dass die letzten Gespräche mit den jeweiligen Grundstückseigentümern bereits im Jahr 2003 waren.

GV Dr. Kaiblinger sei über den Termin 07. Juli 2009 verwundert, weil ihm noch keine Information zugegangen sei. Außerdem würde er es für sinnvoller halten, dass mit den Grundstückseigentümern auch bereits über das Projekt Dahlienstraße gesprochen werden sollte.

Bgm. Mag. Wolfesberger antwortet, dass die Dahlienstraße ohnehin mit dem städtebaulichen Wettbewerb im Zusammenhang stünde.

AL Mag. Stürzlinger hält es für sinnvoller, wenn eine Einladung an die Grundstückseigentümer nach Beschlussfassung mit morgigen Datum erfolgen wird.

GR Dr. Leitner befindet, dass von diesem Termin lediglich eine Fraktion wisse, wonach seiner Meinung nach alle Fraktionen in Kenntnis gesetzt werden sollte.

AL Mag. Stürzlinger antwortet, dass seitens der Bauabteilung ein Termin diesbezüglich mit den jeweiligen Grundstückseigentümern als auch mit den Fraktionen erzielt werden sollte.

GR Malik hält fest, dass einem Auftrag für die Erstellung eines räumlichen Konzeptes sehr wohl ein größeres Gebiet ins Auge gefasst werden sollte. Immerhin sei in der Vergangenheit bereits mehrmals der Fehler gemacht worden, dass so genannte Fleckerlteppiche entstanden sind. Das Raumkonzept sollte daher dem jeweiligen Architekten für das gesamte Gebiet gegeben werden.

Bgm. Mag. Wolfesberger erklärt, dass ein Architektenwettbewerb sehr wohl für das gesamte Gebiet gegeben wird. Dennoch sei das Gebiet für die Errichtung eines Kindergartens zu groß, daher sollte ein Kindergarten bereits an einer bestehenden Straße vorgesehen werden um diesen schnellstmöglich umzusetzen zu können. Weiters erklärt sie, dass das gesamte - wie im jeweiligen Plan ausgeführt - gelbe Gebiet für die Errichtung eines Kindergartens vorgesehen ist.

Das jeweilige Planungsgebiet umfasst dennoch das gesamte blaue Gebiet. Darüber werden die Architekten befinden können. Auf Grund einer angeregten Diskussion über die Erstellung des Amtsvortrages wurde vereinbart, dass der Satz auf Seite 17 Punkt 10.3 zu streichen ist. Weiters sollte ebenfalls der Satz auf der Seite 18 mit Beginn eine weitere Etappe gestrichen werden.

Antrag: (Vizebürgermeister Friedrich Nagl)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die vorliegenden Ausschreibungsunterlagen über die Durchführung eines geladenen einstufigen Architektenwettbewerbes, zur Erlangung eines baulichen Gestaltungsvorschlages für das Gebiet Straß - Mitte, in der Fassung vom 19.06.09, (einschließlich der Einplanung einer Vorbehaltsfläche für einen weiteren Volksschulstandort als Variante) werden zustimmend zur Kenntnis genommen.“

Beschlussergebnis: einstimmig

**14. Flächenwidmungsplan Nr. 7/2009 Änderung Nr. 1
Antrag der Ehegatten Johann u. Christa Adrian, Fernreith 4, Gunskirchen
auf Umwidmung der Parzelle Nr. 549/3, KG. Grünbach von derzeit *Sonderausweisung des Baulandes – Tourismus in Bauland – Dorfgebiet***

Bericht: GV Dr. Josef Kaiblinger

Mit Schreiben vom 04.06.2009 wurde seitens der Ehegatten Johann u. Christa Adrian, Fernreith 4, Gunskirchen, ein Antrag auf Umwidmung der Parzelle Nr. 549/3, KG. Grünbach, eingebracht.

Gegenständliche Parzelle ist im derzeit rechtswirksamen Flächenwidmungsplan Nr. 6/2001 als *Sonderausweisung des Baulandes – Tourismus* ausgewiesen und soll nunmehr über Antrag der Ehegatten Adrian in *Bauland – Dorfgebiet* umgewidmet werden.

Zur beantragten Umwidmung im Bereich der Ortschaft Fernreith wird grundsätzlich ausgeführt, dass keine zusätzliche Schaffung von Bauland durchgeführt wird, sondern lediglich ein Abtausch von zwei Baulandkategorien. Öffentliche Interessen bzw. Interessen Dritter werden durch die geplante Umwidmung der Parzelle Nr. 549/3, KG. Grünbach, von derzeit *Sonderausweisung des Baulandes – Tourismus in Bauland – Dorfgebiet* nicht negativ berührt.

Auch vom Ortsplaner Arch. DI Horacek liegt eine diesbezügliche positive Stellungnahme lt. Anlage vom 20.06.2009 vor.

Antrag: (GV Dr. Josef Kaiblinger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Änderung Nr. 1 des Flächenwidmungsplanes Nr. 7/2009, betreffend die Umwidmung der Parzelle Nr. 549/3, KG. Grünbach von derzeit *Sonderausweisung des Baulandes – Tourismus in Bauland – Dorfgebiet* wird zugestimmt, die diesbezügliche Grundlagenforschung lt. Anlage zum Beschluss erhoben und das Verfahren gemäß den Bestimmungen des § 33 i.V. mit § 36 Oö.ROG 1994 idgF. eingeleitet. Die Kosten für die Flächenwidmungsplanänderung haben die Antragsteller zu tragen.“

Beschlussergebnis: einstimmig

15. Antrag der Raiffeisenbank Gunskirchen; Kostenbeteiligung der Marktgemeinde Gunskirchen bei der thermografischen Untersuchung von Wohnobjekten in der Marktgemeinde Gunskirchen

Bericht: GV Dr. Josef Kaiblinger

Die Raiffeisenbank Gunskirchen ist an die Marktgemeinde Gunskirchen herangetreten, ob die Möglichkeit bestehe, seitens der Marktgemeinde Gunskirchen einen Zuschuss zur thermografischen Untersuchung von Wohnobjekten zu leisten.

Den Liegenschaftsbesitzern, deren Baubewilligung länger als 20 Jahre zurück liegt, wird die Möglichkeit geboten, das Objekt thermisch von professionellen Energieberatern untersuchen und überprüfen zu lassen. Daraus ergibt sich, durch die Inanspruchnahme der Förderung eine kostengünstige Untersuchung über den thermischen Zustand des Objektes zu erhalten. Aufgrund dieser thermischen Untersuchung können weitere Maßnahmen zur thermischen Sanierung des Objektes eingeleitet werden.

Gesamtkosten	€	200,00
abzgl. Förderung Land OÖ.	€	-73,00
abzgl. Förderung Marktgemeinde Gunskirchen	€	-25,00
abzgl. Förderung Raiffeisenbank Gunskirchen	€	-25,00
Restbetrag für Liegenschaftsbesitzer	€	77,00

Beschreibung des Ablaufes dieser Aktion:

1. Die Raiffeisenbank Gunskirchen nimmt die Anträge entgegen und ergänzt mit dem Liegenschaftseigentümer die Gebäudedaten.
2. Der Thermograf stimmt mit dem Liegenschaftseigentümer den Termin ab und meldet sich bei Inangriffnahme der thermografischen Messung. Gemeinsam mit dem Thermografen fährt eine ortskundige Person zum Haus des Antragstellers.
3. Der Thermograf arbeitet aufgrund der durchgeführten Messung einen Bericht binnen 4 Wochen aus. Aufgrund dieses Berichtes können die durchzuführenden Maßnahmen gezielter getroffen werden.

Diese Aktion wird zwar durch die Raiffeisenbank Gunskirchen entsprechend unterstützt, wobei jedoch eine aufrechte Kontoverbindung zur Raiffeisenbank Gunskirchen nicht bestehen muss. Die thermografischen Messungen sollen jedoch erst in der kühlen Jahreszeit begonnen werden.

Die Marktgemeinde Thalheim hat bereits eine entsprechend Aktion gemeinsam mit der Raiffeisenbank Wels Süd durchgeführt und es haben sich zu dieser Aktion 40 Teilnehmer gemeldet.

Aufgrund der vergleichbaren Größe, kann auch in der Marktgemeinde Gunskirchen davon ausgegangen werden, dass an dieser Aktion ca. 40 – 50 Teilnehmer einen Antrag stellen werden. Diese Aktion wird somit geschätzte Kosten in der Höhe von € 1.000,00 bis € 1.250,00 verursachen.

Mit der Abwicklung der gesamten Förderaktion soll die Raiffeisenbank Gunskirchen betraut werden. Die Marktgemeinde Gunskirchen soll diese Aktion neben dem finanziellen Engagement auch medial unterstützen.

Wechselrede

GR Zepko hält fest, dass die mediale Unterstützung so ausschauen solle, dass der Veranstalter die Marktgemeinde Gunskirchen und nicht die Raiffeisenkasse sei.

Antrag: (GV Dr. Josef Kaiblinger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Gunskirchen leistet einen einmaligen Kostenzuschuss in der Höhe von € 25,00 zur thermografischen Untersuchung von Objekten, deren Baubewilligung länger als 20 Jahre zurück liegt und der Standort der zu untersuchenden Objekte im Gemeindegebiet der Marktgemeinde Gunskirchen liegt.

Die Raiffeisenbank Gunskirchen wird mit der Durchführung dieser Aktion betraut.“

Beschlussergebnis: einstimmig

16. Beitritt zum Programm der Energiespargemeinden des Landes OÖ.; Antrag der ÖVP Gunskirchen

Bericht: Vbgm. Josef Sturmair

Die ÖVP Gunskirchen beantragt, dass die Marktgemeinde Gunskirchen dem Programm für Energiespargemeinden (E-Gem) des Landes OÖ. beitrifft und damit Energiespargemeinde wird.

Durch Energieeffizienz und moderne Energietechnologie kann die Marktgemeinde Gunskirchen Energiekosten sparen und damit nicht nur das Gemeindebudget und die Betriebskosten der Gemeindegürger/innen entlasten, sondern gleichzeitig auch einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten.

Die Hälfte der Gemeinden im Bezirk Wels nehmen die Förderungsmöglichkeit bereits in Anspruch. Sie können damit rascher auf lokale erneuerbare Energieträger umstellen und die Wertschöpfung im Gemeindegebiet steigern.

Der Antrag der ÖVP Gunskirchen ist beim Marktgemeindeamt Gunskirchen am 8. April 2009 eingelangt.

Die Bürgermeisterin ist gemäß § 46 Abs. 2 Oö. Gemeindeordnung i.V.m. § 2 der Geschäftsordnung für Kollegialorgane der Marktgemeinde Gunskirchen verpflichtet, einen in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallenden Gegenstand in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates aufzunehmen, wenn dies von wenigstens $\frac{1}{4}$ der Mitglieder des Gemeinderates oder von mind. 2 Mitgliedern einer Fraktion oder gemäß § 58 Abs. 5 Oö. Gemeindeordnung 1990 von einem antragsberechtigten Mitglied des Gemeindevorstands das spätestens 2 Wochen vor der Sitzung verlangt wird.

Gegenständlicher Antrag der ÖVP Gunskirchen wurde durch die Finanzabteilung der Marktgemeinde Gunskirchen geprüft und festgestellt, dass dieser die gesetzlichen Erfordernisse erfüllt.

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat sich bei der Bearbeitung des Antrages mit dem Verein für Regionalentwicklung in den Bezirken Wels-Stadt, Wels-Land und Eferding besprochen. Durch den Regionalmanager Franz Tauber wurde vorgeschlagen, dass die Marktgemeinde Gunskirchen vorerst einen Grundsatzbeschluss herbeiführen soll. Erst in weiterer Folge kann an der umfassenden Umsetzung des Energiekonzeptes nach den Vorgaben des Förderprogramms „Energiespargemeinden – E-Gem“ des Landes OÖ. herangegangen werden. Darüber hat zeitgleich mit der endgültigen Beschlussfassung und Auftragsvergabe für ein kommunales Energiekonzept eine gesonderte Beitrittserklärung zu erfolgen.

Wechselrede

GR Olinger fragt an, wie hoch der Beitrag für den Beitritt zum Programm der Energiespargemeinden des Landes Oberösterreiches sei.

GR Mag. Mittermayr führt aus, dass die Marktgemeinde Gunskirchen eine Klimabündnisgemeinde werden muss, wodurch ein Beitrag in der Höhe von € 200,00 geleistet wird. Dies ist die Voraussetzung für die Teilnahme am E-Gem. Dieses Programm ermöglicht, dass man in einer Gemeinde, als auch überregional, der jeweilige Energiebedarf bzw. Leistungsentnahme festgestellt werden kann. Weiters werden die jeweiligen Ressourcen für Hackgutanlagen als auch Pelletsanlagen festgestellt. Danach werden die einzelnen Gemeinden durchleuchtet

um den jeweiligen Bedarf zu erhalten. Weiters hält er fest, dass bis zu 75 % Förderung für energetische Weiterentwicklung seitens des Landes ausgeschüttet wird. Somit können eventuelle Fehlentscheidungen vermieden werden.

GR Mag. Reinhofer hält fest, dass er sich bereits im Vorfeld über den Beitritt zu diesem Programm informiert habe. Weiters informiert er den Gemeinderat über die jeweiligen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme einer Förderung. Es müssen daher zwei formale Voraussetzungen erfüllt werden. Klimarettungspartner in Folge eines Beitrittes zum Klimabündnis Gemeinde. Um dennoch um eine Förderung anzusuchen zu können, wird eine Projekt benötigt. Danach kann ein Ansuchen gestellt werden.

Vbgm. Sturmair führt aus, dass es sich hierbei um einen Grundsatzbeschluss für energieeffizientes Arbeiten handle.

GR Mag. Reinhofer befindetet, dass eine Klimarettung ohnehin sinnvoll sei. Dennoch störe ihn die Formulierung dieses Antrages. Immerhin gäbe es bereits 186 Gemeinden in OÖ., welche bereits Klimabündnispartner sind.

GR Mag. Mittermayr fügt hinzu, dass es sich hierbei um ein Programm handle, dass ohnehin für alle Gemeinden gleichlautend sei. Die Gemeinde Gunkskirchen erstellt keine Neufassung im Bezug auf ein solches Programm.

GR Dr. Leitner hält fest, dass er heute 3 neu formulierte Anträge erhalten habe, ebenfalls sei dieser Antrag neu formuliert worden.

Bgm. Mag. Wolfesberger erklärt, dass kurzfristig der Gemeindevorstand einberufen wurde, wonach sämtliche gewünschte Änderungen implementiert wurden.

Antrag: (Vbgm. Sturmair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Dem Antrag der ÖVP Gunkskirchen zum Beitritt zum Programm der Energiespargemeinden des Landes OÖ. wird zugestimmt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

17. Verordnung einer Kurzparkzone im Bereich der neuen Parkplätze vor dem VLW-Objekt

Bericht: GV Dr. Josef Kaiblinger

Im Rahmen der Ortsplatzgestaltung – 1. Bauphase, entstehen bekanntlich vor dem VLW-Objekt neue Senkrechtparkplätze. Diese Parkplätze sollen ebenfalls in die Kurzparkzonenregelung aufgenommen werden.

Insgesamt entstehen 8 Parkplätze einschließlich eines Behindertenparkplatzes.

Die Kurzparkzonenregelung soll von Montag bis Freitag, 6 Uhr bis 19 Uhr und von Samstag, 6 Uhr bis 14 Uhr für eine Parkdauer von jeweils 90 Minuten gelten. Orientiert aus den voraussichtlichen Nutzungsgegebenheiten erscheint eine weitere Ausdehnung der Kurzparkzonenzeit am Abend nicht praktikabel.

Die bestehende Kurzparkzonenregelung gegenüberliegend (vor den Objekten Welser Str. 4 und 6, Apotheke, Sparkasse und Grüblinger) soll ebenfalls an vorangeführte Kurzparkzonenzeiten angepasst werden. Somit besteht für diesen Bereich eine einheitliche Regelung. Durch die Länge der Kurzparkzonen-Zeit soll vor allem das Dauerparken hintangehalten und ein möglichst hohes Stellplatzangebot für die dortigen Geschäftslokale gesichert werden.

Ein entsprechender straßenrechtlicher Verordnungsentwurf liegt gemäß Anlage vor.

Gesondert sollen zusätzlich ein Behindertenparkplatz sowie ein Stellplatz für Einsatzfahrzeuge der Polizei (südwestseitig vor dem VLW-Gebäude) und ein Stellplatz vor der Apotheke für gebrechliche Personen verordnet werden.

Gemäß den Bestimmungen des § 94 Abs. 1 lit. b StVO 1960 idgF. wurden die Arbeiterkammer und die Wirtschaftskammer zum gegenständlichen Verordnungsentwurf gehört und erging hiezu seitens der Wirtschaftskammer eine Stellungnahme mit Datum vom 25.06.2009, welche keine Einwände erhebt.

Wechselrede

GR Dr. Leitner stellt fest, dass im Ortszentrum der Marktgemeinde Gunskirchen eine hohe Anzahl von Behindertenparkplätzen bestehe. Weiters stellt er fest, dass im Bereich der Musikschule zwei Behindertenparkplätze installiert wurden, wonach eine Sinnhaftigkeit von diesen Parkplätzen in Frage gestellt werden sollte. Dennoch soll den beeinträchtigten Personen ein Platz zur Verfügung gestellt werden. Seiner Meinung nach, könne mit einer geringeren Anzahl von Behindertenparkplätzen im Ortszentrum das Auslangen gefunden werden.

AL Mag. Stürzlinger fügt an, dass die Anregung im Bereich der Musikschule für Behindertenparkplätze sehr wohl berechtigt sei, er halte ebenfalls zwei nebeneinander nicht als sinnvoll. Im Bereich der Apotheke sei dennoch ein Behindertenparkplatz notwendig.

GV Dr. Josef Kaiblinger fragt an, ob eine Vorschrift für die Errichtung eines Behindertenparkplatzes bestehe.

AL Mag. Stürzlinger antwortet, dass es sich hierbei um eine reine Serviceleistung handle.

GV Feischl hält ebenfalls fest, dass zwei nebeneinander errichtete Behindertenparkplätze nicht für sinnvoll.

Bgm. Mag. Wolfesberger hält fest, dass über die Sinnhaftigkeit im Bereich der Musikschule nachgeschaut werde. Ebenfalls informiert sie den Gemeinderat über die Installation einer Notrufsäule im Bereich der Apotheke. Außerdem werden durch die Neuerrichtung der Wohnanlage neue Parkplätze errichtet.

Antrag: (GV Dr. Josef Kaiblinger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Verordnung lt. Anlage über die Einrichtung einer Kurzparkzonenregelung für die Parkplätze vor dem Wohn- und Geschäftsobjekt der VLW zu den im Bericht angeführten Tagen und Zeiten und über die Anpassung der bestehenden Kurparkzonenregelung vor den Liegenschaften Welser Str. 4 bis 6 auf die gleiche Parkzeit und Dauer, sowie der Verordnung eines Behindertenparkplatzes wie im Bericht beschrieben, wird zum Beschluss erhoben.“

Beschlussergebnis: einstimmig

18. Anlage von Erosionsschutzstreifen und sonstiger Maßnahmen zur Eindämmung bzw. Abschwächung von Abschwemmungen entlang öffentlicher Verkehrsflächen und zum Schutze von Wohnobjekten in exponierten Lagen; Abschluss von Vereinbarungen mit den betroffenen Grundeigentümern

GR Mag. Mittermayr als auch Vbgm. Josef Sturmair erklären sich zu diesem Tagesordnungspunkt in ihren jeweiligen Vereinbarungspunkten als befangen.

Bericht: GV Maximilian Feischl

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Gunskirchen hat sich in seiner Sitzung am 25. Sep. 2008 grundsätzlich für die Einführung von Maßnahmen zur Eindämmung bzw. Abschwächung von Abschwemmungen entlang öffentlicher Verkehrsflächen und zum Schutze von Wohnobjekten in exponierten Lagen ausgesprochen. In einem weiteren Beschluss des Gemeinderates der Marktgemeinde Gunskirchen hat dieser in seiner Sitzung am 26. Feb. 2009 die Richtlinien einstimmig zum Beschluss erhoben. Auszugsweise werden hier die Eckpunkte der gegenständlichen Richtlinien wiedergegeben:

1. Erosionsschutzstreifen

Durch die Anlage eines 10 – 15 m breiten Erosionsschutzstreifens soll eine Bremswirkung des abfließenden Wassers samt Feinanteile des Bodens erreicht werden. Dadurch können anliegende Wohnobjekte entsprechend geschützt werden.

2. Rückhaltebecken

Bei besonders neuralgischen Punkten können kleinere Rückhaltebecken angelegt werden in denen sich eine gewisse Wassermenge sammeln kann und die Feinteile absinken. Diese Rückhaltebecken müssen natürlich in gewissen Abständen entleert bzw. gereinigt werden.

3. Begleitende Straßenbaumaßnahmen

Diesbezüglich ist die Anlage von entsprechend dimensionierten Straßengräben auf Privatgrund vorgesehen um wiederum eine gewisse Schutzwirkung für die angrenzenden Wohnobjekte zu erzielen.

4. Beirat

Dieser Beirat soll als fachliche Kommission bei der Marktgemeinde Gunskirchen eingerichtet werden, um Fragen hinsichtlich der Anwendung und Auslegung dieser Richtlinien zu beraten. Der Beirat kann nur Empfehlungen abgeben und hat somit keine beschlussfassende Funktion.

5. Förderhöhe

Die Höhe der Förderung beträgt E 0,20 je m² für die Inanspruchnahme von Anlagen.

In diesem Amtsvortrag wurde ausgeführt, dass die abzuschließenden Vereinbarungen gesondert dem Gemeinderat vorzulegen sind.

Folgende Vereinbarungen wurden beim Marktgemeindeamt Gunskirchen eingebracht:

1. Mag. Hermann Mittermayr, Kottlingreith 6, 4623 Gunskirchen
2. Josef Sturmair, Spraid 3, 4623 Gunskirchen
3. Günter Jungreithmayr, Fernreith 5, 4623 Gunskirchen
4. Ferdinand Heidl, Auholz 4, 4623 Gunskirchen
5. Theresia Hacker, Sirfling 5, 4623 Gunskirchen

6. Franz Mittermayr, Lehen 20, 4623 Gunskirchen
7. Franz Krauter, Kottlingreith 2, 4623 Gunskirchen
8. Franz und Stefanie Knogler-Holzinger, Kappling 12, 4623 Gunskirchen

Wechselrede

GR Zepko fragt an, warum keine Vertreter des Siedlervereines eingeladen werden. Immerhin handle es sich zum Schutze von Wohnobjekten.

Bgm. Mag. Wolfesberger antwortet, dass die Erweiterung dieses Beirates um ein Siedlervereinsmitglied vorgenommen wird.

GR Hanis fragt an, in wie weit Leute die keine Meldung erstattet haben, einbezogen werden können.

GV Feischl antwortet, dass es sich hierbei um einen Erfahrungsbericht seitens des Bauhofes der Marktgemeinde Gunskirchen handle. Es bestünde auch die Möglichkeit, vorausgesetzt die Grundeigentümer stimmen zu, dass diese Vereinbarung erweitert werden könne.

GR Wimmer fügt hinzu, dass sich diese Planung auf Grund von bereits bekannten Gefahrenstellen, welche durch den Bauhof der Marktgemeinde Gunskirchen des öfteren behoben werden, aufweisen. Weiters wurden sämtliche Gefahrenstellen mit Orthofoto mitdokumentiert. Natürlich ist diese Liste jederzeit erweiterbar.

Bgm. Mag. Wolfesberger erklärt, dass sich der Beirat mit dieser Thematik beschäftigen werde und über eventuelle Gefahrenstellen befinden wird.

Antrag: (GV Maximilian Feischl)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Vereinbarungen zur Förderung der Anlage von Erosionsschutzstreifen und sonstiger Maßnahmen zur Eindämmung bzw. Abschwächung von Abschwemmungen entlang öffentlicher Verkehrsflächen und zum Schutze von Wohnobjekten in exponierten Lagen, abgeschlossen zwischen der Marktgemeinde Gunskirchen und

- 1. Herrn Mag. Hermann Mittermayr, Kottlingreith 6, 4623 Gunskirchen**
- 2. Herrn Josef Sturmair, Spraid 3, 4623 Gunskirchen**
- 3. Herrn Günter Jungreithmayr, Fernreith 5, 4623 Gunskirchen**
- 4. Herrn Ferdinand Heidl, Auholz 4, 4623 Gunskirchen**
- 5. Frau Theresia Hacker, Sirfling 5, 4623 Gunskirchen**
- 6. Herrn Franz Mittermayr, Lehen 20, 4623 Gunskirchen**
- 7. Herrn Franz Krauter, Kottlingreith 2, 4623 Gunskirchen**
- 8. Herrn und Frau Stefanie und Franz Knogler-Holzinger, Kappling 12, 4623 Gunskirchen**

werden vorbehaltlich der Zustimmung des Beirates, bestehend aus 3 Vertretern der Marktgemeinde Gunskirchen, 1 Vertreter der Ortsbauernschaft, sowie 1 Vertreter des Siedlervereines zum Beschluss erhoben. Die Vereinbarungen enden am 31. Dez. 2013.“

Beschlussergebnis: einstimmig

DRINGLICHKEITSANTRAG

Garagenobjekt Schulstraße – Garage Nr. 3 (Vormieter Lieb) – Vergabe und Genehmigung des Mietvertrages

Bericht: Bgm. Mag. Karoline Wolfesberger

Mit Wirksamkeit 31.07.2009 wurde die Garage Nr. 3 im Garagenobjekt Schulstraße gekündigt und steht somit zur Weitervermietung ab 01.08.2009 zur Verfügung.
Der monatliche Mietzins für die Garage beläuft sich auf € 40,10 inkl. 20 % Mwst.

Mit Schreiben vom 26.06.2009 hat sich die Mieterin Gabriele Wiesbauer um die gegenständliche Garage beworben.

Da keine weiteren Bewerbungen für eine Garage vorliegen, wird seitens des Amtes vorgeschlagen, Frau Wiesbauer die Garage zu den üblichen Bedingungen zu vermieten.
Ein entsprechender Mietvertrag gemäß Anlage wurde vom Amt erstellt und Frau Wiesbauer zur Durchsicht vorgelegt. Frau Wiesbauer hat die Bedingungen zur Anmietung der Garage zur Kenntnis genommen und den Mietvertrag unterfertigt.

Der Gemeinderat möge der Vergabe an Frau Wiesbauer zustimmen und wird der Mietvertrag zur Beschlussfassung vorgelegt.

Antrag: (Bürgermeisterin Mag. Wolfesberger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Garage Nr. 3 im Garagenobjekt Schulstraße wird ab 01.08.2009 an Frau Gabriele Wiesbauer zu den üblichen Bedingungen vermietet. Der Mietvertrag gemäß Anlage ____ wird genehmigt und zum Beschluss erhoben.“

Beschlussergebnis: einstimmig

DRINGLICHKEITSANTRAG

Straßenbauprogramm 2009 Ergänzende Baumaßnahmen

Bericht: GV Maximilian Feischl

Für das Straßenbauprogramm 2009 können ergänzende Budgetmittel in der Höhe von € 37.000,-- zur Verfügung gestellt werden.

Am 22.06.2009 fand diesbezüglich eine Sitzung des Ausschusses für Straßenbau zur Beratung des erweiterten Straßenbauprogramms für das Jahr 2009 statt. Nachstehende zwei Straßenteilstücke werden dem Gemeinderat für den Ausbau zur Beschlussfassung empfohlen.

1. Fliederstraße 2. Bauetappe

Die Bautätigkeit im Bereich der Fliederstraße ist zum größten Teil abgeschlossen. Nunmehr soll die 2. Etappe staubfrei ausgebaut werden. Die 2. Etappe umfasst einen Teilbereich des Kornblumenweges und ein Teilstück des Erikaweges.

Der Kornblumenweg wird von der Liegenschaft Reischl bis einschließlich Kreuzungsbereich Erikaweg ausgebaut. Der Teilausbau des Erikaweges umfasst vorerst die ersten 30 m des Straßenzuges.

Die beiden Aufschließungsstraßen sollen mit einer Bitukiesdecke staubfrei ausgebaut werden. Die Oberflächenwässer werden über Granitmulden und die erforderlichen Straßeneinläufe in das öffentliche Kanalnetz eingeleitet.

2. Verlängerung Porschestraße/ Preglstraße

Im Bereich der Porschestraße wurde bereits vor zwei Jahren mit dem staubfreien Ausbau begonnen. Der Straßenausbau soll in weiterer Folge beginnend vom Anschluss bei der Preglstraße bis zur Liegenschaft Steindl fortgeführt werden.

Die beiden Teilbereiche sollen ebenfalls mit einer Bitukiesdecke ausgebaut werden. Die Oberflächenwässer sollen teilweise über Granitmulden und Einläufe abgeleitet werden.

Im Bereich der Preglstraße soll lediglich ein Asphaltband (ca. 4,50 m breit) bis zum Kreuzungsbereich Porschestraße errichtet werden. Die Nebenflächen der Preglstraße (Parkstreifen, usw.) werden derzeit nicht berücksichtigt und sollen zu einem späteren Zeitpunkt hergestellt werden.

Im Frühjahr wurden die erforderlichen Straßenbauarbeiten für das bereits beschlossene Straßenbauprogramm (GR- Beschluss vom 26.02.2009) im nicht offenen Verfahren ausgeschrieben.

Die Fa. Swietelsky, Schlüsselberg, war Best- u. Billigstbieter und soll auf Grundlage des vorliegenden Angebotes mit den ergänzenden Straßenbauarbeiten mit einer Auftragssumme von ca. 37.000,-- inkl. MWSt., beauftragt werden.

Die Finanzierung erfolgt auf der HHS 5/6128/0022 und ist gesichert.

Wechselrede

GR Malik fragt an, wovon diese Mittel für diese Arbeiten hergenommen werden.

Bgm. Mag. Wolfesberger antwortet, dass mit Erstellung des Rechnungsabschlusses noch Geld für die weitere Errichtung von Straßen übrig geblieben ist. Aus diesem Grund kann dieses Geld als ergänzendes Budgetmittel in der Höhe von € 37.000,00 zur Verfügung gestellt werden.

GV Feischl stellt fest, dass ohnehin Kürzungen in der Höhe von € 150.000,00 vorgenommen wurden nunmehr erfolgt eine Budgetmittelerhöhung in der Höhe von lediglich € 37.000,00.

Bgm. Mag. Wolfesberger fügt hinzu, dass im Zuge der Kanalbauarbeiten sehr viele Straßen neu errichtet wurden, wodurch hohe finanzielle Mittel benötigt werden.

Antrag: (GV Feischl)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Dem ergänzenden Straßenbauprogramm im heurigen Jahr im außerordentlichen Haushalt, im Umfang wie im Amtsbericht beschrieben, wird die Zustimmung erteilt.

Die Fa. Swietelsky, Schlüsselberg, wird auf Grundlage des Angebotes vom 02.04.2009, mit den ergänzenden Pflaster-, Belags- und Entwässerungsarbeiten zu einer Auftragssumme von ca. € 37.000,-- inkl. MWSt., beauftragt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

ALLFÄLLIGES

FPÖ Aussendung – Kinderspielplatz Moostal

GR Werndl regt an, dass in Moostal ein Kinderspielplatz vorhanden gewesen ist, dieser jedoch aufgelöst wurde. Auf Grund des vermehrten Zuzuges wäre seiner Meinung nach wiederum ein erhöhter Bedarf gegeben. Weiters weist er auf das Schreiben vom 10. Juli 2008 hin, wonach seitens der FPÖ Aussendung Herr Altbürgermeister Karl Grünauer beschuldigt wurde, er hätte Kompetenzüberschreitung als auch einen Geheimpakt zwischen den Firmen und der Gemeinde abgeschlossen. Hierbei handelte es sich um eine Erklärung, welche als Grundlage für die nächste Einberufung der Sitzungen gedient habe. Diese wurde unterschrieben von Herrn Mühringer, Herrn Moser als auch von Herrn Altbürgermeister Karl Grünauer. Weiters wurden im Anschluss daran sämtliche Bewohner als auch Herr Dr. Kaiblinger zu einem Gespräch eingeladen. Nach diesem Gespräch kam heraus, dass die Anrainer mit dieser Erklärung nicht einverstanden gewesen sind. Somit musste eine neuerliche Überarbeitung vorgenommen werden. Weiters findet er es nicht anständig, dass man jemanden eine Lüge aufdichtet.

Bgm. Mag. Wolfesberger erklärt, dass die Forderungen der Firmen in Form einer Erklärung seitens der erwähnten Personen unterfertigt wurde. Weiters wird festgehalten, dass GV Dr. Josef Kaiblinger bei allen Sitzungen teilgenommen habe, wonach er auch über sämtliche Änderungen und weiteren Vorgangsweisen informiert wurde. Dass sich die FPÖ Fraktion als Vertreter der Wallackstraße hinstelle, wäre ihrer Meinung nach nicht in Ordnung. Immerhin habe man von allen teilnehmenden Personen die bestmögliche Lösung für Anrainer und Firmen erzielen wollen. Dieser Forderung ist man auch nachgekommen, wonach sämtliche Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Wallackstraße bereits in nächster Zukunft begonnen werden

GV Dr. Kaiblinger hält fest, dass er sehr wohl von Anfang an bei den Gesprächen dabei gewesen sei. Jedoch wurden andere Vereinbarungen getroffen. Immerhin wurde vereinbart, dass die Wallackstraße durch einen durchgehenden Wall abgeschottet werden sollte. Durch die Versäumung der Unterschrift von Herrn Mühringer wurde jedoch dieser aufmerksam und verlangte eine Ampelanlage wonach die Marktgemeinde Gunskirchen dieser Forderung nachgekommen ist.

Bgm. Mag. Wolfesberger fügt an, dass wie bereits erwähnt, GV Dr. Kaiblinger bei sämtlichen Gesprächen dabei gewesen ist wonach dieser ohnehin als Jurist auf die Vereinbarung bestehen hätte können.

GR Malik hält fest, dass von Juli bis Oktober niemand gewusst habe, dass eine Erklärung zwischen den Firmen und der Marktgemeinde Gunskirchen bestehe. Darum habe er in der FPÖ Aussendung festgehalten, dass eine Kompetenzüberschreitung vorliege, da ohnehin zuerst das Einverständnis zwischen den Anrainern und den Firmen hergestellt werden sollte. Danach gehört eine Erklärung erstellt. Weiters befindet er, dass die Anrainer der Wallackstraße dies genau so sehen. Zum Spielplatz möchte er erwähnen, dass es sich um den bereits geschlossenen 90 m² Spielplatz handle. Dieser werde deshalb nicht mehr benötigt, weil ein neuer viel größerer Spielplatz in Moostal errichtet wurde. Aus dem Grund sehe er keinen weiteren Bedarf einen Spielplatz zu errichten.

Bgm. Mag. Wolfesberger stellt abschließend fest, dass im Bereich der Wallackstraße keine Durchfahrt aber eine Errichtung eines durchgehenden Wall beschlossen wurde.

Zum Protokoll der letzten Sitzung gab es keinen Einwand.

Schriftführer

Bürgermeisterin

Daniel Übermasser

Mag. Karoline Wolfesberger

Gemeinderat

Gemeinderat

Josef Wimmer

Arno Malik

Mit/ohne Erinnerung genehmigt am _____.

Bürgermeisterin
Mag. Karoline Wolfesberger eh.

Schriftführer
Daniel Übermasser

Gemeinderat
Josef Wimmer eh.

Gemeinderat
Arno Malik eh.

F.d.R.d.A.: